

Der Freisinn FDP

8. September:
**Wahlkundgebung
Brunnen**
Anmeldecoupon siehe
Inserat FDP

Der Liberalismus als geistige Basis und als Herausforderung

Freisinn und Liberalismus

Das Ziel des Liberalismus bleibt unveränderlich. Jeder Generation stellen sich aber neue Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, unter denen dieses Ziel erreicht werden kann. Für die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz sind die Grundsätze, die sie 1975 unter dem Titel «Liberalismus heute» ihren «Zielsetzungen 75» voranstellte, auch heute noch gültig. Parteipräsident Nationalrat Yann Richter begründet warum:

Für die FDP sind die Grundsätze, die sie 1975 unter dem Titel «Liberalismus heute» ihren «Zielsetzungen 75» voranstellte, auch heute noch gültig. Die FDP versteht unter Liberalismus eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die ein optimales Gleichgewicht zwischen unumgänglichen staatlichen Eingriffen einerseits und persönlichen Freiheiten andererseits schafft. Freiheit, Würde und Selbstverantwortung bilden nach wie vor den Ausgangspunkt der politischen Tätigkeit der Freisinnigen. Der Mensch soll als Individuum frei sein, seine Ziele, sein Leben selbst zu bestimmen. Gleichzeitig soll er jedoch als Mitglied der Gesellschaft für die Gestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse mitverantwortlich sein. Die Freiheit des Menschen, seine Ziele selbst und ohne staatliche Hilfe oder Einmischung zu bestimmen, muss ihre Grenzen am Freiheitsanspruch des Mitmenschen finden.

Gesetz geregelten demokratischen Ordnung wahrgenommen werden. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit muss dort aufhören, wo der Missbrauch der Freiheit beginnt und die Existenz des demokratischen Rechtsstaats in Frage gestellt wird. Die Stärke des Rechtsstaats liegt darin, dass er

Diese Freiheit kann jedoch nur in einer durch Verfassung und

der sozialen Schichten zu verhindern und nach Ausgleich in sozialer und ökonomischer Hinsicht zu streben. Soziale Sicherheit darf jedoch die persönliche Verantwortung des Individuums nicht ersetzen. Die Sozialpolitik soll nach freisinniger Auffassung nicht zur Nivellierung der Einkommen und Vermögen missbraucht werden. Der Ausbau der Sozialwerke muss dort seine Grenzen finden, wo er die Selbstverantwortung untergräbt, die Freiheit des Menschen beeinträchtigt und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft überfordert. Das in den letzten Jahrzehnten auf sozialpolitischem Gebiet Erreichte muss jetzt langfristig gesichert werden.

Persönliche Initiative und Wettbewerb sind nach wie vor die unumstößlichen Voraussetzungen für eine liberale Marktwirtschaft. Die unternehmerischen Ziele müssen jedoch mit dem Gemeinwohl und den Bedürfnissen des Umweltschützes in Einklang gebracht werden. Wir Freisinnige treten ein für eine Marktwirtschaft, in der der Staat nur die nötigen Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Wettbewerbs schafft und schädliche

Machtzentralisationen verhindert, sonst aber die unternehmerische Initiative nicht über Gebühr beeinträchtigt. Immer stärker gilt es jedoch auch, auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen Rücksicht zu nehmen. Der Schutz der Umwelt muss im Konfliktfall immer den Vorrang vor einer Ausdehnung der Produktion haben. Da Luft, Wasser, Boden und Bodenschätze begrenzt sind, müssen ihrer Nutzung nach Massgabe der ökologischen Gegebenheiten Grenzen gesetzt werden.

Der Liberalismus ist keine Heilslehre, sondern eine geistige Grundlage, die sich ständig weiterentwickelt. Die Verwirklichung des Liberalismus verlangt eine ständige Ausrichtung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeit auf die liberale Idee eines Lebens aller in Freiheit, Menschenwürde und sozialer Geborgenheit. Unsere Gesellschaft und der Staat, der sie zusammenhält, befindet sich in einem fortwährenden Entwicklungsprozess, der neue und heikle Probleme aufwirft – Probleme, zu deren Lösung die FDP mit ihren Postulaten in den «Zielsetzungen 79/83» einen wesentlichen Beitrag leistet.

Mit Spannung warteten wir auf das Echo, das «Der Freisinn» auslösen wird. Die Uebererraschung war uns geglückt, wie wir heute feststellen können. Und das Echo fiel, zu unserer Genugtuung, sehr positiv aus. Wir möchten aber auch all jenen danken, die kritische Anregungen und Bemerkungen machten, und hoffen, dass der bereits mit der ersten Nummer begonnene Dialog zwischen Lesern und Redaktion weitergeführt werden kann.

Bis zu den eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober sind es nicht einmal mehr zwei Monate. Die Sommerpause (auch die politische) ist beendet, und allenthalben begibt man sich in die Startlöcher. Auch die FDP. Mit einer grossen Wahlkundgebung will sie am 8. September in Brunnen ihren Wahlkampf eröffnen. Nachdem wir Sie in der letzten Nummer auf diesen Anlass «gluschtig» gemacht haben, können wir Ihnen nun auf Seite 3 das Programm im Detail präsentieren. Zu dieser Manifestation sind Sie selbstverständlich mit Ihren Angehörigen und Freunden herzlich eingeladen.

Ueber den Beginn der Unterschriftensammlung für die Initiative zur Koordination des Schuljahresbeginns orientieren wir Sie auf den Seiten 5 und 6. Einfachheitshalber und aus Kostengründen haben wir einen Unterschriftenbogen mitdrucken lassen. Senden Sie uns diesen baldmöglichst mit zahlreichen Unterschriften versehen wieder zu.

Verschiedene weitere Beiträge runden die zweite Nummer des «Freisinns» ab. Die nächste werden Sie bereits in der zweiten Hälfte September erhalten.

Chr. Beusch

Chr. Beusch

Zielsetzungen 79/83

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDP**

Wege und Mittel für die Aenderung und Weiterentwicklung dieser Ordnung bereithält. Mit dem Grundsatz des Föderalismus und der Subsidiarität, wonach die Probleme auf der unterstmöglichen Stufe gelöst werden sollen, soll gleichzeitig der Entstehung unnötiger Machtballungen und der Entfremdung des Bürgers gegenüber einem bürokratischen und unpersönlichen Staatsapparat entgegengewirkt werden. Jeden Versuch, die bewährten Prinzipien des Rechtsstaats und des Föderalismus zu verwässern, lehnt die FDP – bei aller Bereitschaft zu sinnvollen und notwendigen Reformen – mit aller Entschiedenheit ab. Freiheit, wie die Freisinnigen sie verstehen, hat nur dann einen Sinn, wenn die Chancengleichheit, die soziale Sicherheit und die materielle Unabhängigkeit gewährleistet sind. So gilt es, das Auseinanderklaffen

Konsumentenangelegen sind verfassungswürdig

Verantwortung muss beim Verbraucher liegen

Zu einem Dauertraktandum helvetischer Politik entwickelt sich offensichtlich der Fragenkomplex Konsumentenschutz/Preisüberwachung. Nun, verwunderlich ist dies nicht; kaum ein anderes Traktandum ist in einem Wahljahr so erfolgversprechend – sprich wählerwirksam. Dass es im Nationalrat, der dieses Thema in der am 17. September beginnenden Herbstsession behandeln will, zu einer ausgedehnten Debatte kommen wird, darf unter diesen Umständen füglich prophezeit werden. Zweifellos nicht auf dieser Welle der Publizitätshascherei reiten muss Nationalrätin Martha Ribl: Wie kaum ein anderes Mitglied der eidgenössischen Räte hat sich die Zürcher Volksvertreterin mit dieser Materie auseinandergesetzt; sie kann deshalb auch eine fundierte Meinung äussern:

Die Bekämpfung von Missbräuchen wirtschaftlicher Macht muss nach wie vor eine der wesentlichsten Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik sein, um einerseits die Freiheit des Bürgers zu schützen und andererseits die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu gewährleisten. Das wirksamste Mittel zur Verhinderung von Machtballungen stellt der echte Wettbewerb dar, der einer vom Staat aufgezwungenen Kontrolle vorzuziehen ist. Auch die Konsumentenpolitik sollte eher auf dem Wettbewerb der Anbieter aufbauen als auf Kontrolle und Ueberwachung.

Obwohl der Grundsatz unbestritten bleibt, dass die bewusste Wahrnehmung der Konsumenteninteressen in einer Marktwirtschaft primär beim Verbraucher selbst und bei seinen Selbsthilfeorganisationen liegt, kommt auch der Konsumentenschutz ohne Verfassungsgrundlage und entsprechende gesetzlicher Regelung und Unterstützung nicht aus. Bei den bevorstehenden Arbeiten um einen Konsumentenschutzartikel in der Bundesverfassung muss darauf geachtet werden, dass der Staat nur in Fällen krassen Machtmissbrauchs als Beschützer der Konsumenten auftritt. Die

Inhalt

Freisinn und Liberalismus

CVP – doch so naiv?

Start zur FDP-Schulkoordinations-Initiative

Der Zweck heiligt (auch bei der SP) die Mittel

Echo... Echo...

Konsumentenangelegen sind verfassungswürdig

Sonderseiten für Zürcher und Thurgauer

Detailprogramm der Wahlkundgebung vom 8. September in Brunnen

Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass – mit der SKA

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT SKA

Lange Vorgeschichte

1977 reichte Nationalrat Waldner (SP, BL) eine Einzelinitiative für einen Konsumentenartikel in der Bundesverfassung ein. Er übernahm dabei den Entwurf eines Textes, den eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Prof. Nef ausgearbeitet hatte. Dieser Textentwurf fand nicht die Zustimmung des Bundesrates. Dieser beauftragte die Kommission, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Diese neue Version wurde Mitte 1977 dem Bundesrat vorgelegt. Die Einzelinitiative ging auf Wunsch der beratenden Kommission des Nationalrates in die Vernehmlassung. Dabei wurde der Antrag Waldner zwar mehrheitlich abgelehnt, ein Konsumentenschutzartikel aber grundsätzlich bejaht.

Auf Grund dieses Vernehmlassungsergebnisses und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die auf Notrecht beruhende Preisüberwachung auslief und dass für deren allfällige Weiterführung bzw. Wiedereinführung eine Verfassungsgrundlage geschaffen werden muss, nahm die nationalrätliche Kommission ihre Arbeiten wieder auf. Sie beschloss mit 11 zu 6 Stimmen, dass der Bund unter Wahrung der Handels- und Gewerbefreiheit ermächtigt werden soll, Massnahmen zum Schutze der Konsumenten zu treffen. Eine Minderheit der Kommission, angeführt von Frau Ribl (FDP, ZH), übernimmt die neue Version der Expertenkommission Nef.

Welche Preisüberwachung?

Dieselbe Kommission des Nationalrates prüfte auch Anträge zur Preisüberwachung. Mit Stichtenscheid des Kommissionspräsidenten (Chopard, SP, AG) wurde ein Antrag genehmigt, der eine Verfassungsgrundlage vorschlägt, die den

Bund befugt, eine Preisüberwachung und die Herabsetzung ungerechtfertigter Preise anzuordnen. Eine erste Kommissionsminderheit beantragt, anstelle einer konjunkturpolitischen eine wettbewerbspolitische Preisüberwachung einzuführen. Eine zweite Kommissionsminderheit lehnt die Preisüberwachung generell ab.

Traktandenliste noch nicht bereinigt

Mit diesen Kommissionsentscheiden und Anträgen an das Ratsplenum ist die Traktandenliste noch nicht bereinigt. Hängig ist noch die von der inzwischen eingegangenen Boulevard-Zeitung «Tat» eingereichte Initiative, die inhaltlich dem ersten Entwurf der Kommission Nef und somit auch der Einzelinitiative Waldner entspricht, die die nationalrätliche Kommission abzuschreiben beantragt. Inzwischen wurde zudem die Initiative «zur Verhinderung missbräuchlicher Preise», die die Wiedereinführung der Preisüberwachung verlangt, mit über 130 000 Unterschriften eingereicht. Diese Initiative ist politisch breit abgestützt, wird aber doch vorwiegend von verschiedenen Konsumentenorganisationen getragen.

Die Meinung des Bundesrates

Der Bundesrat lehnt sowohl die sogenannte «Tat»-Initiative als auch den von einer Nationalratskommission ausgearbeiteten Vorschlag für einen Konsumentenschutzartikel ab. Der Bundesrat unterbreitet einen Gegenvorschlag, in dem auf die umstrittene Generalklausel verzichtet wird und der grundsätzlich den Entwurf der Expertenkommission Nef und einen von Frau Ribl angeführten Minderheit der Nationalratskommission aufnimmt. cb.

Die CVP und die Mitbestimmungsfrage

Doch so naiv?

In eine neue Runde eingetreten ist das Thema «Mitbestimmung». Noch in diesem Herbst muss sich die Landesregierung erneut dazu äussern, nachdem Anfang dieses Jahres drei Modelle in die Vernehmlassung gegeben wurden. Bemerkenswert an diesen Antworten ist, dass die CVP ihre Opportunitätsstrategie weiterverfolgt. Dynamisch wird Kurs nach links gesteuert. Der Anspruch der CVP, eine «Partei der Mitte» zu sein, wird immer unglaubwürdiger. Chr. Beusch zeigt den gegenwärtigen Stand in der Mitbestimmungsdiskussion auf:

Im März 1976 haben Volk und Stände sowohl eine vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eingereichte Mitbestimmungsinitiative als auch den Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte abgelehnt. Die Initiative verlangte die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in Betrieb, Unternehmung und Verwaltung. Der Gegenvorschlag, den die FDP unterstützte, sah ebenfalls Mitbestimmungsrechte vor, schloss jedoch ausdrücklich die Mitbestimmung auf der Unternehmensebene sowie die Mitwirkung der Gewerkschaften aus. Die Ablehnung beider Vorschläge wertete die CVP, die eine doppelte Nein-Parole ausgegeben hatte, flugs als Ja zu ihrer Politik. Geflissentlich übersah sie jedoch, dass die beiden Nein aus verschiedenartigsten Motiven zusammengesetzt waren.

Mit diesem Urnengang war das Thema Mitbestimmung allerdings nicht vom Tisch. Noch am Freitag vor dem Abstimmungssonntag (!) reichte SP-Nationalrat Morel eine parlamentarische Einzel-

initiative ein, übernahm dabei den von den eidgenössischen Räten abgelehnten Gegenvorschlag des Bundesrates zur gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative (!). Nach dem Volkstentscheid wurden mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht: von CVP-Nationalrat Egli eine Einzelinitiative, vom inzwischen verstorbenen SP-Nationalrat Canonica eine Motion und ebenfalls eine Motion von der CVP-Fraktion.

Nationalratskommission unterbreitet neuen Vorschlag

Mit den beiden parlamentarischen Initiativen beschäftigte sich eine unter dem Vorsitz von FDP-Nationalrat Dr. Gerhart Schürch stehende nationalrätliche Kommission. Diese arbeitete einen neuen Vorschlag aus.

Alle drei Modelle — Initiativen Morel und Egli sowie Vorschlag der Kommission — gingen in die Vernehmlassung. Diese ergab, dass die Gewerkschaften und die SP hinter dem Vorstoss Morel stehen, während die CVP auf dem Vorschlag Egli beharrt, FDP und SVP lehnen die Mitbestimmung auf Unternehmensebene, die alle drei Modelle vorsehen, ab; sie treten für eine Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene ein.

Diese «verfuhrwerkte» Situation war zu erwarten gewesen. Die FDP hat deshalb bereits nach der Abstimmung vom März 1976 eine besondere Kommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Paul Wyss eingesetzt. Diese arbeitet Grundsätze für ein Gesetz über die betriebliche Mitbestimmung aus, das die Partei der Landesregierung unterbreitete. Ergänzend dazu reichte die Fraktion in den eidgenössischen Räten eine Motion ein.

Wie weiter?

Heute stellt sich die Frage, wie das berechnete Anliegen der Mit-

bestimmung verwirklicht werden kann. Sicher nicht à la SGB und SP mit ihrem Beharren auf unrealistischen Begehren, aber auch nicht à la CVP, deren Vorschlag keine Chance hat, überhaupt die Gnade des Souveräns zu finden. Das von der CVP propagierte Modell ist nicht der «Weg der Mitte», wie die Partei meint. Wenn die CVP weiterhin daran festhält, schlittert sie doch «so ganz naiv» in eine Situation hinein, die deren Pressedienst noch unlängst glaubte dementieren zu müssen.

Wenn schon in dieser Situation ein «Weg der Mitte» gesucht werden muss, dann bestimmt nicht links der Mitte. Das von der FDP vorgelegte Mitbestimmungsmodell zeigt einen gangbaren Weg auf, der rasch zu einem vernünftigen Ziel führen kann und zudem noch die Chance besitzt, vor dem Stimmbürger zu bestehen.

Die vier Mitbestimmungsmodelle

Gegenwärtig stehen vier Mitbestimmungsmodelle (politisch) zur Diskussion:

— Initiative Morel: Ursprünglicher Gegenvorschlag des Bundesrates zur gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative: Der Bund hat Vorschriften aufzustellen über eine angemessene, die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmung während der Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

— Initiative Egli: Der Bund hat Vorschriften aufzustellen über eine angemessene Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen. Die Wirtschaftlichkeit der Unternehmung sowie die Einheit und die Entscheidungsfähigkeit ihrer Leitung sind dabei zu wahren. Die Mitbestimmung steht den in der Unternehmung beschäftigten Arbeitnehmern zu.

— Vorschlag einer nationalrätlichen Kommission: Ergänzter Vorschlag Egli, indem der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausnahmen regelt, unter welchen Ausnahmefällen (Gewerkschafter usw.) als Arbeitnehmervertreter in die Verwaltungsräte wählbar sind.

— Mitbestimmungskonzept der FDP: Bundesgesetz über die betriebliche Mitbestimmung, das auf Art. 34 der Bundesverfassung abgestützt ist. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer soll erfolgen in der Form von Information, Mitsprache und Mitentscheidung, deren Sinngehalt im Gesetz zu definieren ist.

Hauptverantwortung für den Schutz muss beim Konsumenten selber liegen; ein Konsumentenschutzartikel, der den Verbraucher bevormundet und ihm jede Verantwortung abnimmt, muss abgelehnt werden.

Direkte Staatseingriffe?

Zurzeit stehen verschiedene Varianten eines Konsumentenschutzartikels zur Diskussion: eine parlamentarische Einzelinitiative und ein Volksbegehren, der Vorschlag einer Nationalratskommission und die abweichende Variante einer Kommissionsminderheit sowie zu guter Letzt ein Gegenvorschlag des Bundesrates. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich im Prinzip auf die Frage: Soll die Bundesverfassung durch eine konsumentenpolitische Generalklausel bereichert werden, die dem Gesetzgeber praktisch alle Möglichkeiten offenlässt, oder soll der Artikel die Bundeskompetenzen abschliessend aufzählen und so den Weg für die nachfolgende Gesetzgebungsarbeit bereits abstecken?

Die Befürworter der Generalklausel haben sich zum Ziel gesetzt, dem Verbraucher das höchstmögliche Mass an Schutz zu gewähren. Diese Variante schafft zwar eine breite Basis für gesetzliche Vorkehrungen, ist jedoch andererseits mit der Gefahr verbunden, dass auch Massnahmen nicht ausgeschlossen sind, die den direkten lenkenden Eingriff des Staats in den Wirtschaftsablauf ermöglichen.

Konkrete Postulate

Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) steht der Verankerung der Konsumentenangelegenheiten in der Bundesverfassung nicht ablehnend gegenüber. Da sie in ihren Zielsetzungen für die kommende Legislaturperiode verschiedene konkrete Postulate zum Thema Konsumentenschutz aufgenommen hat, zieht sie die abschliessende, verbindliche Aufzählung der Bundeskompetenzen einer Generalklausel vor. In einem kommenden Konsumentenschutzartikel möchte die FDP unter anderem die Förderung der Information der Verbraucher, die Verbesserung der Markttransparenz mittels Preisanschreib- und Warendeklarationspflicht sowie die finanzielle Unterstützung der Warentests der Konsumentenorganisationen verwirklicht sehen. Ein Konsumentenschutzartikel müsste schliesslich Bestimmungen zur Verhinderung von Missbräuchen enthalten und den Bund verpflichten, bei der Ausübung seiner Befugnisse die Anliegen der

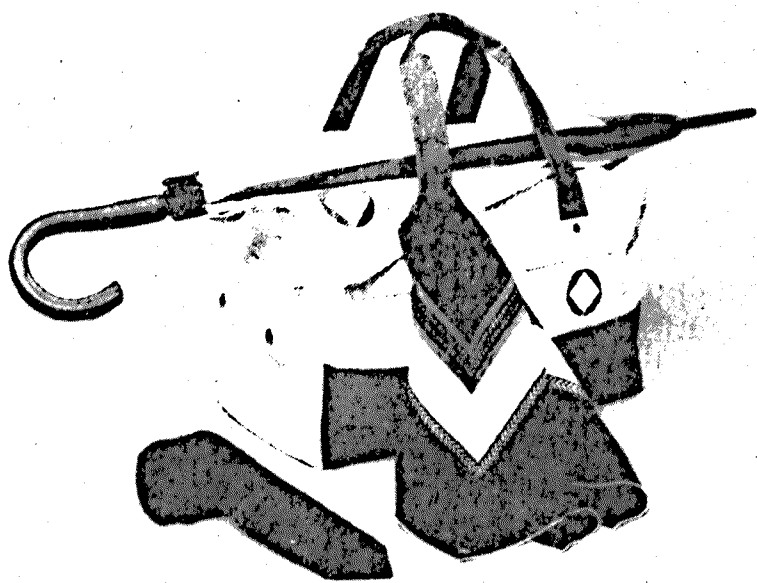
Konsumenten zu berücksichtigen.

Ein solcher Verfassungsartikel ist im Vergleich zur Generalklausel viel deutlicher und sagt genau, was man von ihm erwarten darf und was nicht. Er gewährt den Konsumenten den dringend notwendigen Schutz, gibt aber nach wie vor dem echten Wettbewerb gegenüber einer einschneidenden staatlichen Kontrolle den Vorrang.

Für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht es Engagement und Farben. Wir bieten Ihnen beides!

Darum hat die FDP der Schweiz für Mitglieder und Freunde ein reichhaltiges Sortiment von Kleinwerbemitteln und persönlichen Accessoires zusammengestellt, das nicht nur schön, gut und werbewirksam ist, sondern zum Teil erst noch die Wahlkampfkassen der Kantonalparteien alimentiert.

Wenn Sie unser Angebot noch nicht kennen — wir haben es Ihnen in der ersten Ausgabe des «Freisinn» präsentiert —, stellen wir es Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte schreiben Sie oder telefonieren Sie uns: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.



Bitte senden Sie uns

- Exemplare Bulletin mit gesamtem Werbemittelangebot gratis
- FDP-Foulard à Fr. 40.—*
- FDP-Krawatte à Fr. 32.—*
- FDP-Schirm (sowohl für Regen- wie Sonnentage) à Fr. 47.—*
- FDP-Sporttasche à Fr. 48.—*
- FDP-Sportlumber à Fr. 35.—* Grösse mittel/gross

* In all diesen Verkaufspreisen sind Fr. 10.— miteingerechnet, die als Ihre persönliche Spende je hälftig Ihrer Kantonalpartei und der FDP der Schweiz für Wahlkampfkosten zukommen. Sämtliche Preise verstehen sich zudem inklusive Porto und Verpackung.

Name	
Adresse	
PLZ/Wohnort	
Datum	Unterschrift

Echo ... Echo ... Echo ... Echo ...

Bravo les rédacteurs!

Votre premier numéro du «Freisinn» nous a enchanté.

Voici réalisé un vieux rêve: ce trait d'union entre les radicaux de même compréhension linguistique, ce porteur à travers le pays de notre pensée libérale, fédéraliste et humaniste.

Puisse demain — en attendant que tous les Suisses comprennent toutes les langues nationales — un petit frère romand ou latin voir le jour. La Suisse occidentale a bien besoin d'un journal politique radical de cette importance.

Meilleurs vœux au «Freisinn». Que ses lecteurs aussi participent aux efforts de la rédaction. Qu'il soit un journal ouvert à la collaboration de tous et qu'il devienne ainsi un des catalyseurs de nos réflexions et de nos actions.

Y. Richter

Yann Richter, Conseiller national
Président du PRD Suisse

Praktisch einhellige Zustimmung, vereinzelte kritische Anmerkungen — so könnte das Echo auf das Erscheinen der ersten Nummer des «Freisinn» zusammengefasst werden. Beachtung fand aber das jüngste Pflänzchen im helvetischen Blätterwald auch in den Medien.

«Herzliche Gratulation zur neuen Mitgliederzeitung. Die Aufmachung gefällt mir recht gut, der Inhalt ebenso.» B. A. in W. «Ich möchte zur ersten Nummer der

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.
Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Fahrplan der
Extrazüge Seite 4

Aufruf
zur Teilnahme an der
Wahlkundgebung
der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
am 8. September
in Brunnen

Ideen, Köpfe,
beherzte Taten: **FDP**

Wir erwarten vor allem
Sie
in Brunnen!

Den abgebildeten und an Sie persönlich adressierten Aufruf haben Sie als FDP-Mitglied vermutlich bereits erhalten. Wenn nicht, wird das in den nächsten Tagen der Fall sein. Für die Freisinnigen in der ganzen Schweiz ist es klar: **Wir wollen die Wahlen gewinnen.** Darum präsentiert sich die FDP in diesem Wahljahr offensiv - sie ist im Gespräch. Aber: wir brauchen auch die aktive und sichtbare Unterstützung jedes einzelnen FDP-Mitglieds, um unseren Kandidatinnen und Kandidaten und unserer liberalen Idee an den Wahlen zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese Unterstützung und Einigkeit in unserer Sache wollen wir gemeinsam an der nationalen FDP-Wahlkundgebung vom Samstag, 8. September 1979 in Brunnen am Vierwaldstättersee eindrücklich unter Beweis stellen. Deshalb unser Appell an Sie: Nehmen Sie, Ihre Angehörigen und Freunde an dieser Kundgebung ebenfalls teil! Wir haben an keinen Ideen gespart und keinerlei organisatorische Mühen gescheut, um Ihnen einen wirklich unvergesslichen Samstag bieten zu können. Ein Tag auch, an dem wir zusammen mit Ihnen zeigen wollen, dass die liberalen Kräfte in diesem Lande sehr lebendig sind. Wir freuen uns - auch im Namen unserer Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Kantonen - auf das Zusammensein mit Ihnen!

Anmelde-Coupon

Senden Sie bitte sofort die Ihrer persönlichen Einladung beiliegende Anmelde-Karte oder diesen Coupon an:

Generalsekretariat der FDP
Postfach 2642
3001 Bern

Auch telefonische Anmeldungen (Tel. 031/22 34 38) nehmen wir gerne entgegen!

JA, wir kommen
am 8. September
auch nach
Brunnen!

Wir sind zusammen _____
Personen und benützen den Extrazug ab _____

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Datum _____
Unterschrift _____

schweizerischen Parteizeitung gratulieren und dem Unternehmen Erfolg wünschen.» W. E. in Z. «Ich freue mich, dass unsere neue Monatszeitung bereits ein gutes Echo gefunden hat.» M. M. in Z. «Mit Interesse habe ich die Nummer gelesen und freue mich, dass der Versuch gestartet worden ist.» C. G. in G. «Zur neuesten Kreation gratuliere ich aufrichtig: Eines der allerbesten Werke, die der Freisinn in den letzten Monaten und Jahren herausgebracht hat. Die Zeitung findet Gefallen.» E. W. in A. «Das Erscheinen der neuen Parteizeitung hat mich sehr gefreut. Dagegen darf ich nicht verschweigen, dass mich deren Inhalt erschüttert hat.» H. L. in Z. «Mit der Herausgabe dieser Zeitung ist nun endlich eingetreten, was ich schon lange vermisst habe: die Tatsache der Existenz eines wirklich unabhängigen, liberalen (freisinnigen) Parteiorgans der Schweiz.» E. H. S. in B.

«Die Welt ist ja schon komisch: Da wurde dem Volk während Jahrzehnten eingebläut, Parteizeitungen seien zum Tode verurteilt (...). Den Sozialdemokraten nahe stehende Blätter wurden belehrt, sie schrieben an ihren Lesern vorbei und müssten sich daher nicht verwundern, wenn es ihnen schitter gehe (...). Verlassen von Verlegern, die früher ihre Zeitung in den Rahmen einer Weltanschauung gestellt hatten (...). Der Direktkontakt mit den Mitgliedern wurde von den Zeitungen kaum mehr gepflegt (...). Konsequenzen gezogen und eine monatliche Mitgliederzeitung herausgegeben (...). Die Finanzierung scheint den Freisinnigen keinen Kummer zu machen. Die „Wirtschaft“ wird das neue Parteiblatt mit genügend Inseraten versehen (...). Zuwendungen an die eigene Partei können damit künftig von freisinnig geführten Unternehmen über das Werbebudget abgebucht werden - gar kein schlechter Trick des freisinnigen Schatzmeisters.»

Anders tönte es in «Basler Zeitung» und im «Badener Tagblatt»: Frank A. Meyer stellte die Frage «Wer macht's nach?». Er bezeichnete die «FDP-Schöpfung» als «politisches Ereignis»: «Die Monatszeitung „Der Freisinn“ müsste dazu animieren, Parteiorgane aufleben zu lassen (...). Die überzeugend präsentierte Freisinn-Zeitung müsste Pilot-Funktion haben, indem sich die übrigen Parteien herausgefordert fühlen.»

(Auch) Computer sind nicht unfehlbar

Die Tücken der Technik

Es war (leider) zu erwarten gewesen, dass die Aufnahme von zigtausend Adressen auf dem Computer nicht ohne Pannen ablaufen würde. Die Administration des «Freisinn» ist gegenwärtig in Zusammenarbeit mit den kantonalen Parteisekretariaten daran, die Fehlerquelle in jedem einzelnen Fall zu eruieren. Wir bitten Sie um Verständnis, wenn die Panne trotz allem guten Willen auch bei dieser zweiten Ausgabe noch nicht behoben sein sollte. In diesem Falle bitten wir Sie, unseren Mutationstalon auszufüllen. Wenn wir uns gestatten, zusätzliche Rubriken anzuführen, die selbstverständlich nicht auf der Adresse erscheinen, so deshalb, weil wir gerne einmal die Struktur unserer Mitglieder kennenlernen

möchten. Wir sind Ihnen für Ihre Mitarbeit dankbar. Die Computer-Panne wurde zumeist mit Humor getragen; Beweis dafür mögen zwei Briefe aus dem Kanton Solothurn sein. Und wenn in diesen dem Gelb nachgetrauert wird, so kommt darin eine typische Solothurner Spezialität zum Ausdruck: «Sehr geehrte Herren, soeben habe ich den modern und attraktiv gestalteten „Freisinn“ erhalten. Ihnen ist zu gratulieren, dass Sie sich zur Herausgabe dieses lesenswerten und zeitgerecht aufgemachten Informationsblattes entschlossen haben. Dass ich gleich vier Exemplare erhielt, mag daran liegen, dass ich als besonders unzuverlässiger Freisinniger gelte (zur Hypermotivation) oder als besonders zu-

verlässiger (zur Anerkennung) oder dass der Computer ein besonders guter war... Uebrigens: Ob wir Solothurner Freisinnigen uns je daran gewöhnen können, dass wir nicht mehr die „Gelben“ sind, sondern zu den „Rotblauen“ oder „Blauroten“ umgestrichen wurden?» M. H. H. in S.

«Liebe Herausgeber und Redaktoren, ich bin freisinnig. Darüber besteht namentlich bei den politischen Gegnern kein Zweifel. Bin ich aber so freisinnig oder so la u freisinnig, dass ich nach Auffassung Ihres Computers sechsmal den „Freisinn“ benötige? Im übrigen: Gratulation zur ersten Nummer. Auch wenn das freisinnige Solothurner Herz das „ewigjunge“ Gelb vermisst.» J. K. in S.

LI-KONGRESS 79
in OTTAWA
Der diesjährige Kongress der Liberalen Internationalen (Liberaler Welt-Union) findet vom 4. bis zum 6. Oktober in Ottawa (Kanada) statt. **Führende Liberale** aus den Mitgliedsparteien der Liberalen Internationalen haben ihre Teilnahme zugesagt. Generalthema ist das für Kanada brennend aktuelle Problem **«Einheit durch Vielheit»**. Weitere Informationen sind erhältlich beim Sekretariat der Liberalen Internationalen, 1 Whitehall Place, London, SW1A2HE.

Referenz-Nr. _____ Name, Vorname, Titel _____ Jahrg. _____
gemäss Etikette
Nähere Bezeichnung, Beruf _____ Strasse _____ Hausnr. _____
PLZ _____ Ort _____
Bemerkungen/Grund für Bemänglung/Art des Fehlers _____

Bitte senden an: FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern. Danke.

Der Zweck heiligt (auch bei der SP) die Mittel

«Die POCH ist ein Ausläufer der 68er Bewegung. Sie kassierte den Bonus einer radikalen Linkspartei, die mit forschen Aktivitäten für frischen Wind sorgte. Erst allmählich hisste sie die kommunistische Flagge.» Wer dies schrieb, war kein Geringerer als SP-Präsident Nationalrat Helmut Hubacher. Derselbe Parteipäsident, dessen Partei in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Tessin mit der POCH, der PdA und weiteren Linksgruppierungen mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober Wahlbündnisse eingegangen ist... Da stellt sich tatsächlich die Frage: «Was gilt nun?» Aber der Zweck heiligt offensichtlich auch bei der SP die Mittel!

Das Verhältnis der SP zu ihren linken und noch linken Schwesterparteien ist recht widersprüchlich, je nach Situation und Ort schwankt es zwischen Feindschaft und Hassliebe. «Formelle Beziehungen mit der Partei der Arbeit, der Revolutionären Marxistischen Liga und den Progressiven abgelehnt. Dagegen wird auch für

die Zukunft nicht ausgeschlossen, dass in der Sache eine Aktions-einheit bestehen kann.» Mit diesen lapidaren Sätzen umschrieb die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz im Februar nach einer Klausurtagung das Verhältnis zu jenen Gruppen, «die sich links der SP wännen».

Linke Aktionseinheit

Der Moment für die Aktionseinheit ist jedoch nicht erst mit den eidgenössischen Wahlen von diesem Herbst gekommen. Bereits bei früheren Gelegenheiten fand man sich zusammen. So wurde etwa der 40-Stunden-Wochen-Initiative der POCH, die Volk und Stände ablehnten, von seiten der SP zugestimmt. Die baselstädtischen Kantonalparteien der SP, der PdA und der POCH haben gemeinsam eine Volksinitiative für eine «demokratische, umweltgerechte und soziale Gestaltung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise» lanciert. Dieselbe baselstädtische SP führte zudem diesen Frühling eine gemeinsame Veranstaltung mit der PdA durch.

Der Zusammenschluss der gesamten Linken von der Partei der Arbeit über die POCH und die Revolutionäre Marxistische Liga bis zur Sozialdemokratie war lange ein Wunschtraum, der vorwiegend die Kommunisten verschiedener Schattierungen in der durchsichtigen Absicht beschäftigte, eine grössere Plattform für ihr extremes politisches Wirken zu erhalten. Nach jahrelangem Liebeswerben scheint die PdA nun dem Erfolg nahe.

Hubachers Drohungen

Dabei spielen persönliche Gründe eine nicht unerhebliche Rolle. SP-Präsident Hubacher tönte bereits 1976 bei seiner Nichtwahl in den Basler Regierungsrat die Möglichkeit einer «Linksfront» an. Aus Verärgerung über seinen blamablen Misserfolg drohte er mit einer Zusammenarbeit zwischen der Basler SP und den linksextremistischen Gruppierungen im Basler Stadtkanton. Nachdem seine Ankündigung auch innerhalb der SP nicht besonders goutiert wurde, schwächte SP-Präsident Hubacher in bekannter Manier seine Aussage ab: Von einer Propagierung der «Volksfront» könne keine Rede sein, da eine solche ein gemeinsames Programm voraussetze. Hubacher stellte fest, dass die «SP sehr viel anders als die POCH und die PdA» sei, konstatierte aber gleichzeitig «in Sachfragen Gemeinsamkeiten, die eine Zusammenarbeit möglich machen».

Der Erfolg der POCH in den Frühjahrswahlen in verschiedenen Kantonen bereitet der SP offensichtlich einiges Bauchgrimmen. Ansonsten hätte der SP-Präsident kaum zu seinem Rundumschlag im SP-Pressedienst gegen

den Listenverbündeten ausholen müssen. Im gleichen Aufwischen präsentierte Hubacher auch noch der PdA, einem weiteren Bundesgenossen, die Rechnung: «Ihre seither (seit Budapest und Prag) sichtbaren Bemühungen, einerseits strikte auf der aussenpolitischen Linie Moskau zu agieren, andererseits aber die demokratischen Errungenschaften des Westens zu akzeptieren und zu propagieren, verschafften der PdA zwar etwas Luft, befreiten sie aber nicht von der russischen Hypothek.»

Wo bleibt da die Logik?

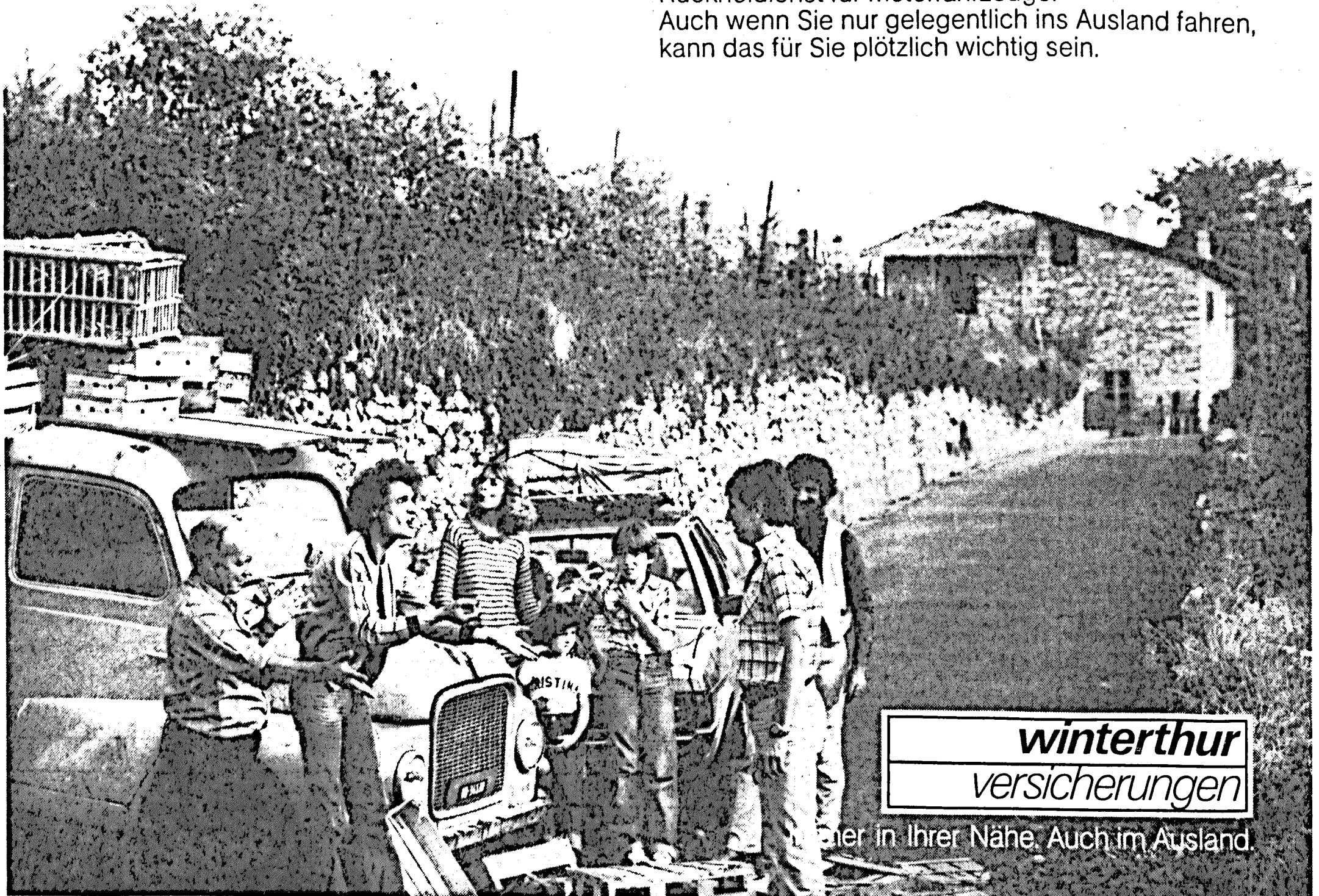
Die PdA hat eine «russische Hypothek», die POCH sind eine «kommunistische Partei», die sich «kritiklos im Sog des Weltkommunismus» strömen lassen und die die SP «diffamiert»; dennoch paktiert die SP mit diesen Parteien. Es muss schlimm stehen um eine Partei, die sich gleichzeitig mit Gruppierungen verbündet, denen sie «Schmalbrüstigkeit» attestiert und die sie als «Gartenzwerge» bezeichnet. Hier scheint etwas Logik abhanden gekommen zu sein, aber das war ja noch nie die Stärke der SP — und auch nicht ihres anpassungsfähigen Parteipräsidenten...

Wenn nach einem Unfall irgendwo in der Schweiz oder im Ausland Hilfe und sachkundiger Rat fern sind, wären viele gern «Winterthur»-versichert.

Denn die «Winterthur» hat das dichteste Netz von gut ausgebildeten, erfahrenen Autoexperten und Schadeninspektoren in der Schweiz. Mit Express-Schadendienst! Ausserdem:

«Winterthur» ist international.

Mit eigener Dienstleistungsorganisation in ganz Westeuropa. Und mit internationalem Rückholdienst für Motorfahrzeuge. Auch wenn Sie nur gelegentlich ins Ausland fahren, kann das für Sie plötzlich wichtig sein.



winterthur
versicherungen

immer in Ihrer Nähe. Auch im Ausland.

FDP-Initiative für Koordination des Schuljahrsbeginns gestartet

Nicht nur Worte, sondern (endlich) Taten

«Die Bundesgesetzgebung legt die Jahreszeit fest, in der das Schuljahr beginnt.» Dies ist der Text der am Donnerstag in Bern mit einer Pressekonferenz gestarteten Kampagne für die von mehreren FDP-Kantonalparteien lancierte Initiative für die Koordination des Schuljahrsbeginns. Die Initianten können auf die Unterstützung anderer Kantonalparteien sowie der FDP der Schweiz zählen. Vor allem aber auch auf die Unterstützung der Bevölkerung, wie aus Umfragen hervorgeht. Nationalrat Burkhard Vetsch, Balgach SG, Präsident des Initiativkomitees, fasst die Beweggründe für die Lancierung dieses Volksbegehrens zusammen:

Schulkoordination umfasst mehr als nur die Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns. Das im Jahre 1970 abgeschlossene Konkordat verpflichtet die Kantone zur Angleichung des Schuleintrittsalters, der Dauer der Schulpflicht, der Dauer der Ausbildungszeit bis zur Matura und des Schuljahrsbeginns. Im Bereich dieser äusseren Koordination sind Fortschritte erzielt worden. Steckengeblieben ist man in den Koordinationsbemühungen bezüglich Schuljahrsbeginns. Nachdem die Westschweiz, die Innerschweiz (ohne den Kanton Schwyz) und Graubünden auf den vom Konkordat geforderten Schuljahrsbeginn im Spätsommer-Herbst umgestellt hatten, lehnte in den grossen Kantonen Zürich und Bern das Volk im Jahre 1972 den Herbstschulbeginn ab. Damit war die Koordination vorläufig gescheitert.

Hauptanliegen Schuljahrsbeginn

Die gegenwärtige öffentliche Diskussion zeigt klar, dass der unterschiedliche Schuljahrsbeginn in den Kantonen je länger, je weniger verstanden wird und man diesbezügliche Massnahmen erwartet. Für etwa zehn Prozent aller Schüler in unserem Land bringt dieser Zustand bei einem Wohnortwechsel in einen anderen Kanton zusätzliche Erschwernisse. Vielfach führt er zur Rückversetzung um eine Klasse. Einengend und nachteilig wirkt er sich besonders auch beim Uebertritt in die Berufsschule aus, wenn der Schulort in einem anderen Kanton liegt.

Volksinitiative notwendig

Meinungsausserungen sprechen eindeutig für unsere Volksinitiative. Die Bürger erwarten Taten, insbesondere was den Schuljahrsbeginn betrifft. In dieser Erkenntnis haben sich freisinnige Kantonalparteien entschlossen, gemeinsam eine eidgenössische Volksinitiative für die Koordination des Schuljahrsbeginns zu lancieren. Sie können auf die Unterstützung aus anderen Kantonen und der FDP der Schweiz zählen.

Die Initianten streben keineswegs eine Verlagerung der Kompetenzen im Schulwesen von den Kantonen auf den Bund an. Die kantonale Schulhoheit ist nach

Möglichkeit zu erhalten. Wir würden es deshalb sehr begrüßen, wenn die Zielsetzungen des Konkordates in den nächsten Jahren durch entsprechende Entscheide in den Kantonen erreicht werden könnten. Wir glauben aber auch, dass eine eigentliche Kundgebung von seiten des Volkes durch diese Initiative unerlässlich ist, um die notwendigen Anstrengungen in den Kantonen auszulösen und zu fördern. Kommen wir auf dem steinigen Konkordatsweg nicht weiter voran, will und muss das Schweizer Volk in absehbarer Zeit Gelegenheit erhalten, sich wenigstens zur Frage des einheitlichen Schuljahrsbeginns in einer Abstimmung

9 von 10 für einheitlichen Schulbeginn

Eine von der «Weltwoche» veröffentlichte repräsentative Meinungsumfrage hat ergeben, dass 9 von 10 Befragten für einen einheitlichen Schuljahrsbeginn eintreten. Mit 81 Prozent ist die Zustimmung auf eine entsprechende Frage in der Westschweiz am geringsten, mit 95 Prozent in der Nordwestschweiz am ausgeprägtesten. Gesamt-schweizerisch sprechen sich 55 Prozent für einen Schulbeginn im Frühjahr aus, 35 Prozent für den Schulanfang im Herbst. Fast zwei Drittel der Romands sind für den Herbstbeginn, praktisch gleichviel Deutschschweizer für den Frühjahrsbeginn. Im Alpen-/Voralpengebiet sind die Meinungen geteilt, während in der Nordwest- und Nordostschweiz zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Befragten sich für den Frühjahrsbeginn aussprachen.

aussern zu können. Dafür bietet unsere Initiative, und nur sie, Gewähr. Weder die Standes- noch die parlamentarische Einzelinitiative führen zwangsläufig zu einem Volksentscheid und üben deshalb auch zu wenig Druck auf die kantonalen bzw. eidgenössischen Behörden aus, dieses Problem überhaupt ernsthaft anzugehen. Sollte die Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns durch Bundesrecht notwendig werden, sehen wir in dieser bescheidenen Schmälerung der kantonalen Kompetenzen nur im Bereich der äusseren Schulkoordination kaum einen Eingriff in die Schulhoheit unserer Gliedstaaten, sondern einen gerechtfertigten Schritt im Interesse der vielen durch den jetzigen Zustand Betroffenen und Benachteiligten. Auch als überzeugter Verfechter grösstmöglicher kantonalen Eigenständigkeit müssen wir einsehen, dass diese Verschiedenheit mit den Argumenten, die für sinnvolle föderalistische Lösungen sprechen, nicht begründet werden kann. Ueber das Ziel sind sich ja alle einig: das Schuljahr sollte in allen Kantonen in der gleichen Jahreszeit beginnen. Also müssen die Kantone auf eigene Lösungen

verzichten bzw. diese koordinieren oder aber einer zentralen Regelung zustimmen.

«Die Bundesgesetzgebung legt die Jahreszeit fest, in der das Schuljahr beginnt»

So lautet unser Vorschlag zur Ergänzung des Art. 27^{bis} der Bundesverfassung. Dieser einfache und klare Text bedeutet, dass die eidgenössischen Räte durch ein Bundesgesetz, welches dem fakultativen Referendum unterstellt ist, die Jahreszeit festlegen, in der das Schuljahr der Volksschule beginnt. Es ist nach diesem Wortlaut denkbar, den Schulbeginn im Frühling oder im Herbst oder im Sinne einer Zwischenlösung nach den Sommerferien festzulegen. Der Bund legt auch nur die Jahreszeit fest, es geht also nicht um eine exakte Übereinstimmung. Der Text würde es auch erlauben, für verschiedene Regionen einen verschiedenen Schuljahrsbeginn festzulegen, sofern man das als zweckmässig betrachtet. Der Text der Initiative lässt es bewusst offen, in welcher Richtung die Vereinheitlichung geschehen soll. So bleibt dem Gesetzgeber der nötige Spielraum für gründliche Abklärungen und grösstmögliche Rücksichtnahme auf die Begehren der Kantone, damit eine optimale Lösung gefunden werden kann.



Eidgenössische Volksinitiative

Für die Koordination des Schuljahrsbeginns in allen Kantonen.

Im Bundesblatt veröffentlicht am 21. August 1979

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Artikel 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom

17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff (SR 161.1), folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 wird wie folgt ergänzt:

Art. 27bis Abs. 4 (neu)

«Die Bundesgesetzgebung legt die Jahreszeit fest, in der das Schuljahr beginnt».

Begründung: Der unterschiedliche Schulbeginn in den Kantonen der Schweiz führt zu immer grösseren Störungen und Schwierigkeiten für die betroffenen Kinder und ihre Familien, aber auch für die Schulorganisation, für die Lehrerschaft und die Behörden. Ein Wohnortwechsel ist für Kinder im schulpflichtigen Alter immer mit Schwierigkeiten verbunden. Warum sollen diese Schwierigkeiten noch durch einen unterschiedlichen Beginn des Schuljahres gesteigert werden? Jedes Jahr sind zehntausende von Familien in unserem Lande davon betroffen. Die Kinder dieser Familien werden sehr oft um eine Klasse zurückversetzt oder müssen in eine Klasse eintreten, die stofflich bereits weit voraus ist. Daraus entstehen unnötige Belastungen. Der unterschiedliche Schuljahrsbeginn kann weder mit pädagogischen noch mit föderalistischen Argumenten begründet werden. Einziges Hindernis ist die mangelnde Koordinationsbereitschaft der Kantone. Dieser Frage haben sich die Initianten angenommen und beschlossen, eine Volksinitiative zur Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns zu lancieren. Sie hoffen mit ihrer Initiative

positive Entscheide in den Kantonen zu fördern, oder, wenn diese weiterhin ausbleiben sollten, den Bund innert nützlicher Frist zu veranlassen, wenigstens diese dringendste Koordinationsmassnahme dem Schweizer Volk zum Entscheid vorzulegen. Mit der Realisierung dieser minimalen Vereinheitlichung wird die Schulhoheit und die innere Eigenständigkeit der Schulen der Kantone nicht in Frage gestellt.

Die Initiative für eine Koordination des Schuljahrsbeginns in allen Kantonen wird von folgenden Kantonalsektionen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) lanciert: FDP des Kantons Bern, Liberale Partei des Kantons Luzern, FDP des Kantons Uri, Liberale Volkspartei des Kantons Schwyz, Liberale Partei Obwalden, Liberale Partei Nidwalden, FDP des Kantons Glarus, FDP des Kantons Zug, FDP des Kantons Solothurn, FDP des Kantons St. Gallen, FDP des Kantons Graubünden, FDP des Kantons Basel-Land.

Unterschriftenbogen

können beim Schweizerischen Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahrsbeginns, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38 bezogen werden.

Bis jetzt sind alle gescheitert

1973/74 hätte es eigentlich soweit sein sollen: der Herbstschulbeginn in der ganzen Schweiz. Doch es kam nicht soweit. Die Absichtserklärung der Erziehungsdirektoren blieb Absichtserklärung. Der entsprechende Passus im Konkordat konnte nicht in die Tat umgesetzt werden. Den Erziehungsdirektoren ging es mit ihrem Vorhaben ähnlich wie früheren Vorstössen zur gleichen Sache: sie blieben auf dem Papier. Eine Uebersicht, zusammengestellt von Christian Beusch, zeigt dies auf:

Schulkoordination ist gegenwärtig «in». Es liegen zwei Ständesinitiativen aus den Kantonen Zug und Schwyz sowie eine parlamentarische Einzelinitiative vor, die von SP-Nationalrat Merz (AR) flugs nach der Ankündigung der FDP-Initiative in den eidgenössischen Räten eingereicht wurde. Im Vordergrund all dieser Vorstösse steht, wie bei der Initiative der FDP-Kantonalparteien, das Bemühen um einen einheitlichen Schuljahresbeginn.

Gescheiterte Konkordatslösung

Eigentlich wären all diese Vorstösse überflüssig, wenn das von den Erziehungsdirektoren mit viel Ach und Krach 1970 ausgearbeitete Konkordat in all seinen Punkten verwirklicht worden wäre. Doch in der Frage der Schulkoordination ist es nicht zum Tragen gekommen, obwohl es von 21 Kantonen unterzeichnet wurde und lediglich die Stände

Bern, Basel-Stadt, Aargau, Thurgau und Tessin fehlen. Aber immer noch kennen 13 Deutschschweizer Kantone den Frühjahrschulbeginn, obwohl 8 von ihnen dem Konkordat beigetreten sind, das den Passus enthält: «Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte Oktober.» Dieser Bestimmung haben sich nur die Kantone der Zentralschweiz (ohne den Kanton Schwyz), Graubünden, Tessin,

Schuljahresbeginn an den Volksschulen

Frühling	Herbst
Aargau	Bern (französisch-sprachiger Teil)
Appenzell A. Rh.	Freiburg
Basel-Landschaft	Genève
Basel-Stadt	Graubünden
Bern (deutsch-sprachiger Teil)	Jura
Glarus	Neuchâtel
St. Gallen	Nidwalden
Schaffhausen	Obwalden
Schwyz	Tessin
Solothurn	Uri
Thurgau	Vaud
Zürich	Wallis
	Zug

der französischsprachige Teil des Kantons Bern sowie die Westschweiz «gebeugt».

Die Verantwortung für das Scheitern der Konkordatslösung müssen weitestgehend die Stimmberechtigten der Kantone Zürich und Bern übernehmen. Wohl hiess das Zürchervolk 1971 den Beitritt zum Konkordat gut und fand sich noch knapp mit dem Herbstschulbeginn ab, doch aus Lehrkreisen wurde eine Initiative für die Rückkehr zum Frühjahrschulbeginn lanciert. Am 4. Juni 1972 vollzog der Zürcher Souverän eine Kehrtwendung. Gleichentags sprachen sich die Stimmberechtigten im Kanton Bern gegen den Herbstbeginn aus.

Nach dem Scheitern der «äusseren» Schulkoordination wandte sich die Erziehungsdirektorenkonferenz mehr der «inneren» Koordination zu und konnte dort unzweifelhaft gewisse Erfolge registrieren: Immer mehr versucht man, gemeinsame, überkantonale Lehrmittel für den Volksschulgebrauch zu schaffen. Lehrpläne wurden vereinheitlicht, die Frage des Zeitpunkts des Beginns des Fremdsprachenunterrichts zur Diskussion gestellt und Empfehlungen ausgearbeitet. Trotz diesen Erfolgen harzt es auch bei der «inneren» Schulkoordination; föderalistische Ueberlegungen verhindern (vorerst) eine weitgehende Angleichung.

Initiative gut, in der die kantonale Exekutive beauftragt wurde, in «Bern» vorstellig zu werden. Die Zustimmung des Zuger Souveräns war überwältigend: den 26 682 Ja standen nur 747 Nein gegenüber. Ein halbes Jahr später — im März 1979 — doppelten die Schwyzer Stimmberechtigten nach; ebenfalls deutlich wurde eine gleichlautende Ständesinitiative gutgeheissen.

Während die beiden Ständesinitiativen nur den Schulbeginn geregelt haben wollen, geht die parlamentarische Initiative, die im März dieses Jahres deponiert wurde, weiter. Sie fordert einheitliche Bestimmungen über Schuldauer, Schuleintrittsalter usw.

Wink mit dem Zaunpfahl

Eine Kommission des Nationalrates hat die Beratungen über die drei Vorstösse bereits aufgenommen. Sie liess sich bereits dahingehend vernehmen, dass sie, sollten die Bemühungen der Erziehungsdirektoren nicht bald Erfolge zeitigen, eine Bundeslösung ins Auge fassen werde. Gleichzeitig ist man im Eidgenössischen Departement des Innern schon seit geraumer Zeit daran, sich einen Ueberblick über die unterschiedlichen Bildungsbestrebungen und Bildungsmöglichkeiten in der Schweiz zu verschaffen und eine Lösung herbeizuführen, die in einen neuen Bildungsartikel ausmünden soll.

Eine Initiative, die nicht zur Abstimmung kam

1969 reichte die Junge Mitte (die BGB-Jugendgruppe) eine mit über 87 000 Unterschriften versehene Initiative ein, die verlangte, dass für die ganze Schweiz das Schuleintrittsalter, der Schuljahresbeginn und die Dauer der obligatorischen Schulpflicht einheitlich festgelegt werden. Sowohl der Bundesrat wie die eidgenössischen Räte lehnten das in der Form einer allgemeinen Anregung gehaltene Volksbegehren ab. Im Einverständnis mit den Initianten, die keine Erfolgchancen mehr sahen, liess man die Initiative im Bildungsartikel aufgehen. Dieser jedoch wurde zwar am 4. März 1973 vom Souverän mit 507 358 Ja zu 454 463 Nein angenommen, scheiterte jedoch am Ständemehr; den 10½ zustimmenden Ständen standen 11½ ablehnende gegenüber.

Neue Bestrebungen

Die für einzelne Kantone unbefriedigende Situation führte dazu, dass die Kantone Zug und Schwyz zum Mittel der Ständesinitiative griffen. Die Zuger Stimmberechtigten hiessen am 25. September 1978 eine von der FDP des Kantons Zug lancierte

Deutschschweizer Lehrer für Schulkoordination

Mit 72:25 Prozent haben sich die Deutschschweizer Lehrer im Rahmen einer Umfrage grundsätzlich für einen Versuch zur Koordination des Schulwesens ausgesprochen. 17 von 18 Sektionen der Konferenz schweizerischer Lehrerorganisationen (Koslo) beteiligten sich daran. Alle Sektionen befürworten mehrheitlich — mit 85:15 Prozent —, auf einen neuen Versuch zur Koordination des Schuljahresbeginns einzutreten. Die Antworten auf die Frage betreffend Schuljahresbeginn im Frühjahr oder nach den Sommerferien entsprechen fast durchwegs den bestehenden Verhältnissen. Der Schuljahresbeginn im Frühjahr wird im Gesamtergebnis dem Beginn nach den Sommerferien vorgezogen. Falls der Schuljahresbeginn auf einen Termin nach den Sommerferien festgesetzt würde, wird der August dem Oktober ausnahmslos vorgezogen.

AUSSCHNEIDEN!

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich.

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches (SR 311.0).

Kanton _____ Politische Gemeinde, PLZ: _____

Nr.	Name und Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) _____ Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

_____ den, _____ Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

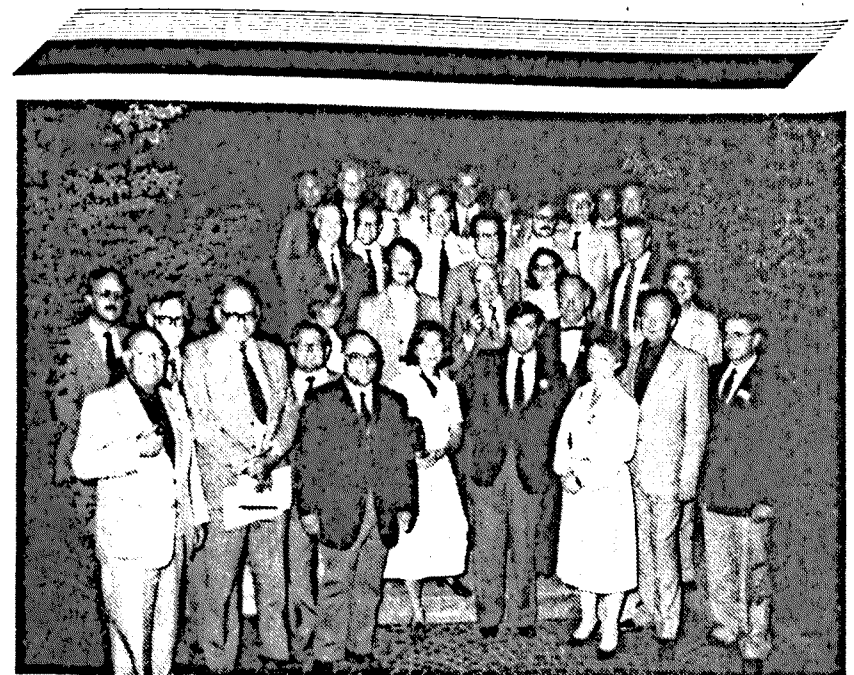
Amtsstempel

Das Initiativkomitee, bestehend aus den nachstehenden Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen:

Burkhard Vetsch, Nationalrat, Bodenstrasse, 9436 Balgach (Präsident); Dr. Kurt Blochliger, Landrat, Schulhausstrasse 9, 6373 Ennetbürgen; Dr. iur. Hans Brunner, Kantonsrat, Tuttilstrasse 17, 9011 St. Gallen; Leo Camenzind, Goldmatt, 6060 Samen; Dr. Hans Rudolf Christen, Grossrat, Weltstrasse 44, 3006 Bern; Carlo Dittli, Landrat, Bahnhofplatz, 6487 Goschenen; Paul Fah, Grossstadtrat, Alpenquai 44, 6005 Luzern; Dr. Markus Frigo, Stadtrat, Chamerfussweg 9, 6300 Zug; Alois Graf, Grossrat, Haselegg, 6017 Ruswil; Peter Grätzer, Mythenstrasse 15, 8840 Einsiedeln; Raoul Kohler, Nationalrat, Falkenstrasse 35, 2503 Biel; Hans M. Ludwig, 7220 Schiers; Daniel Müller, Nationalrat, Schmiedengasse 13, 4710 Balsthal; Paul Schilter, Landrat, Schützengasse 5, 6460 Altdorf; Markus Schneider, Buchholzstrasse 55, 8750 Glarus; Dr. iur. Rudolf Sidler, Landammann, St. Martinstrasse 41, 6430 Schwyz; J.F. Stöckli, Im Buel 3, 8750 Glarus; Dr. Georg Stucky, Regierungsrat, Aberenterrasse 2, 6340 Baar; Markus Villiger, Kantonsrat, Feld, 6055 Alpnach Dorf; Urs Vogt-Bürgli, Giacomettstrasse 100, 7000 Chur; Dr. Alfred Wyser, Regierungsrat, Blumensteinweg 18, 4500 Solothurn; Bea Zobnist, Sonnhaldenstrasse 46, 6052 Hergiswil.

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt baldmöglichst zurückzusenden an das Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahresbeginns, Postfach 2642, 3001 Bern, welches für die Stimmbescheinigung besorgt sein wird. Ablauf der Sammelfrist: 21. Februar 1981.

Weitere Listen können bestellt werden bei: Schweizerisches Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahresbeginns, Postfach 2642, 3001 Bern (Tel. 031 22 34 38) oder bei einer der auf der Vorderseite aufgeführten Kantonalparteien der FDP.



Unter kundiger Leitung von FDP-Kantonsrat Peter Benz (Herrliberg ZH) führten Spezialisten der Kommunikationsbranche mit 30 freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten das zweite Schulungsseminar für die eidgenössischen Wahlen durch. Dabei wurde Wertes über die Zusammenarbeit mit den Medien vermittelt, «kleine Mödeli und Lampenfieber» abgewöhnt, demonstriert, wie wirkungsvoll das FDP-Konzept «Zurück zum Wähler» um- und eingesetzt werden kann. Und: die Schwerpunkte der «Zielsetzungen 79/83» wurden diskutiert. — Zur Freude der Seminaristen liess es sich Bundesrat Dr. Fritz Honegger nicht nehmen, den Kandidaten seine persönliche Anerkennung für ihren Einsatz auszusprechen und ihnen viel Erfolg im Wahlkampf zu wünschen.



Exklusiv im MZ 1

Natürliche Harmonie

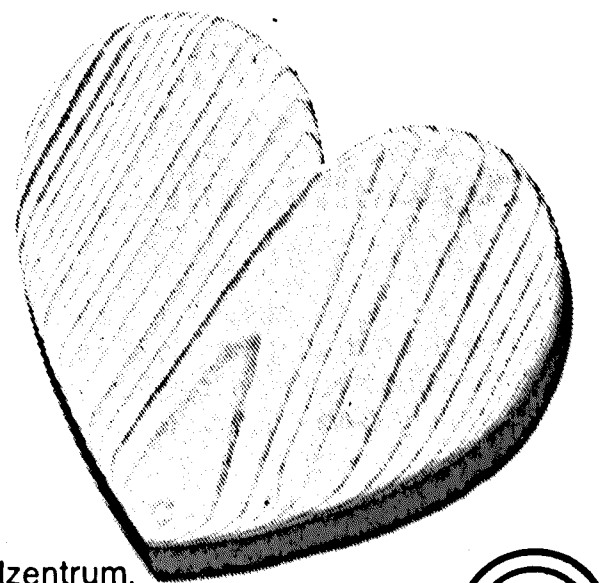
Ich fühle mich wohl und geborgen. Weil ich meine Familie liebe. Und weil ich von ihr geliebt werde. Und weil wir uns leisten können, uns so zu geben, wie wir sind: Einfach, natürlich, ungezwungen.

Wir wohnen gemütlich. In echter und unverfälschter Umgebung. Darum lieben wir das Holz, wie es in unserer heimatlichen Natur vorkommt: Rein und ursprünglich.

Mein Mann zieht seine stille Lesecke allem anderen vor. Ich zünde gerne eine Kerze an – das ist behaglich und gemütlich. Das schafft gefühlvolle Zweisamkeit, wie wir sie uns wünschen.

Auch Sie können sich behagliche Geborgenheit leisten. Besuchen Sie die Sonderschau «Natürliches Wohnen» in unserer Wohn-Erlebnis-Ausstellung. Lassen Sie sich inspirieren! Wir beraten Sie gerne. Damit Sie Ihre individuelle, natürliche Geborgenheit erleben!

Geborgenheit, die man erwerben kann



10 Jahre Möbelzentrum,
Sonderschau «Natürliches Wohnen»

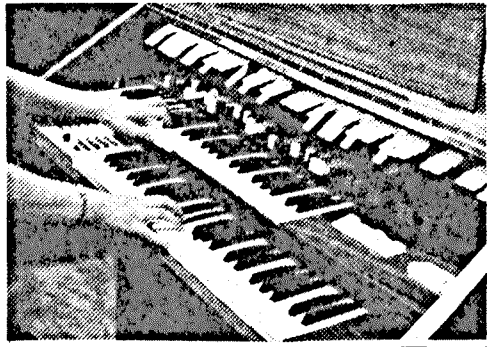


Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Ein sinnvolles Hobby ...
für Ihre Entspannung

Orgelbauen — Orgelspielen



Verschiedene Modelle — betriebsfertig und im Bausatz für Jedermann.

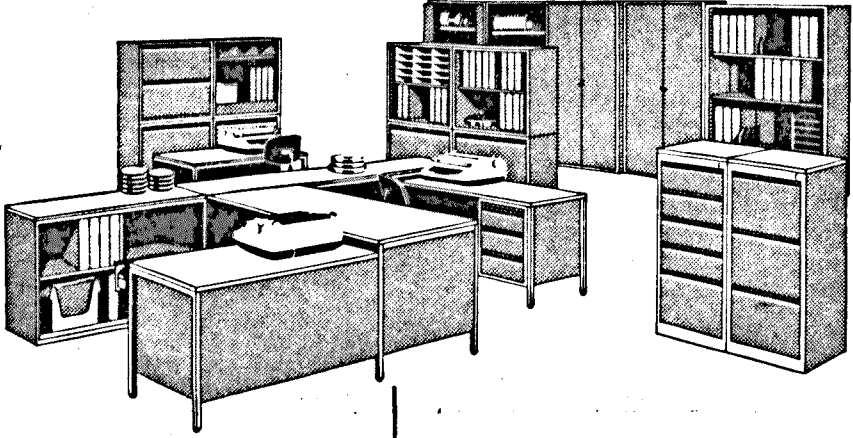
Verlangen Sie Gratisprospekte bei
Wersi-electronic AG, 8887 Mels,
Tel. (085) 2 50 50. Filialen: Zürich: Hall-
wylstr. 71. Bern: Eigerstr. 80.

2544091FDP

Wo Qualität entscheidet und der Preis den Ausschlag gibt.

Unverwüster Stahl, hochwertig verarbeitet zu einem kompletten Programm von Arbeitsplätzen und Beistellmöbeln. Für ein in Funktion, Form und Farbe abgestimmtes Baukasten-System zum universellen Einsatz. Mit beliebigen Gestaltungsmöglichkeiten nach individueller Wahl. Das ist Lista 7000, ein langfristig angelegtes Büroeinrichtungskonzept, das auch die Homogenität wechselnder Arbeitsbereiche auf Jahre hinaus gewährleistet. Zu einem Preis, der jedem Vergleich standhält.

Büro Lista 7000



LISTA
macht Ordnung zum System

79 1187 20 41



Wegweiser zu RN an der Büfa
vom 11.-15. September 1979 in Zürich:
Rüegg-Naegeli Stand vorn im Hallenstadion

Das Büro heute

Weil wir die Entwicklung von morgen kennen und seit 111 Jahren fürs Büro wegweisend sind, bringt Rüegg-Naegeli das Büro heute.

Unsere Kunden wollen ein Büro, das Überblick und Sicherheit gibt, das nicht antiquiert wirkt, wo man nicht experimentiert.

Rüegg-Naegeli weiss, dass selbst ein technisch raffinierter Arbeitsplatz nicht genügt, wenn die organisatorische Eingliederung, wenn die nutz- und sinnvolle Anwendung nicht gegeben sind.

Rüegg-Naegeli bringt deshalb die neuesten Arbeitsstationen, die heute lieferbar sind und sich zweckmässig in Ihre Organisation einfügen. Früher sprach man nur von Schreibtisch oder Pult.

Rüegg-Naegeli bringt mit elektronischen Systemen und EDV-Support Übersicht, Sicherheit und Effizienz ins Verkaufsbüro, ins Lager, in die Disposition. Bisher kannte man vorwiegend Karteien, Registraturen und Planungsgeräte.

Rüegg-Naegeli bringt die Kommunikation zum Fließen, aber nicht zum Überfließen, mit der sinnvollen Textbearbeitung vom Diktat bis zur Kopie. Früher überliess man dies — als Einzelvorgänge — jedem einzelnen.

Unsere Kunden können das Büro heute schon jetzt haben. Gehören Sie auch dazu?

Rüegg-Naegeli

Rüegg-Naegeli + Cie AG, 8022 Zürich
Büromöbel — Data-Equipment — Bürosysteme — Büromaschinen

RN Center Zürich, Beethovenstrasse 49 / Am Schanzengraben, Tel. 01-201 22 11
RN Chur, Quaderstrasse 17, Tel. 081-22 52 83
RN Luzern, Hirschengraben 57, Tel. 041-22 35 38
RN Glattbrugg, Kanalstrasse 19, Tel. 01-810 41 41

111 Jahre wegweisend fürs Büro

Haben Sie Bau- oder Umbauprobleme?

Seriöser Architekt erledigt Ihre Probleme von Projektierung bis Abrechnung, auch Beratung (Altwohnung, Stöckli, Bauernhäuser usw.)

M. Gruner
Dipl. Architekt ETH
Wangenstrasse 58
3018 Bern
Telefon (031) 34 25 70

FDP3754928

Prospekte, Signale, Verpackungen, Schutzmarken,
Inserate, Plakate, Broschüren.

Mehr ist oft kaum möglich.
Und besser?

Das richtig gestaltete Werbemittel
muss zu den richtigen Kosten
das richtige Zielpublikum
zur richtigen Zeit
im richtigen Medium
über das richtige Produkt
oder über die richtige Dienstleistung
richtig informieren.

richtig
MCI-IDEE

Konzeption, Entwurf und Ausführung von Werbemitteln
M. Ciceri, Werbegrafik/ASG
Kamorstrasse 4; 8201 Schaffhausen; Telefon 053/5 77 90

Zu verkaufen in Regensdorf in der Wohn- und Gewerbezone bestsituiertes erschlossenes

Bauland.

An der N 1/N 2 Region Olten

**erschlossenes
Industriebauland**

Sonnenrain-Immobilien und Finanz AG, 4600 Olten, Dornacherstrasse 10, Tel. (062) 22 31 26

FDP3754936

Der Freisinn FDP

Inseratenschluss für die noch in diesem Jahr erscheinenden Zeitungen

Ins.-Schluss
7. September
28. September
26. Oktober

Ersch.-Datum
18. September
9. Oktober
7. November

Orell Fussli Werbe AG

ofa
Holbeinstrasse 30
8022 Zürich
Telefon
(01) 32 98 71
Telex 52293

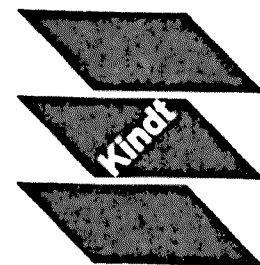
sowie weitere Filialen in der ganzen Schweiz

FDP1570009

Seit über 50 Jahren in der ganzen Schweiz
Neuanfertigung und Reparaturen

**Jalousieladen Rolladen
Lamellenstoren Sonnenstoren**

E. Kindt AG, 8112 Otelfingen ZH
vorm. Hans Kiefer AG ☎ 056 74 22 22



Senden Sie mir Prospekte DF
 Rufen Sie mich an unter Tel.-Nr.

Adresse

Die Beschaffung von qualifiziertem Personal ist Vertrauenssache:

Langjährige Erfahrung und breites Fachwissen haben die Personalberatung Fritz Müller AG zum führenden Unternehmen dieser Branche in der Ostschweiz gemacht.

Auftraggeber und Stellensuchende wenden sich deshalb an den vertrauenswürdigen Partner in allen Personalfragen.

Personalberatung Fritz Müller AG

Inhaber W. Wilhelm
Konsulent für Unternehmer-, Personal- und Berufsfragen
9001 St.Gallen, Bahnhofstrasse 4 ☎ 071 22 03 22
St.Gallen Zürich

FDP0800201

Hart umkämpfte «Stöckli»-Sitze

Am kommenden 21. Oktober finden nicht nur die Wahlen in den Nationalrat statt, sondern es gilt auch, in insgesamt 20 von 26 Kantonen die Vertreter für den Ständerat zu wählen. Kandidaten der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) bewerben sich in 14 Kantonen um einen Sitz in der kleinen Kammer. Zwei freisinnige Ständeräte sind bereits gewählt, da sie sich schon im vergangenen Jahr ihren Wählern gestellt haben. Zurzeit verfügt die FDP im 46köpfigen Ständerat über 14 Mandate.

Obwohl sich das Interesse der Öffentlichkeit normalerweise auf die Nationalratswahlen konzentriert, standen im Wahljahr 1979 bisher die Wahlen in den Ständerat im Rampenlicht. Dies ist einerseits dadurch zu erklären, dass eine überdurchschnittlich grosse Zahl von Ständeräten (14) ihren Rücktritt erklärt haben, andererseits dadurch, dass in insgesamt neun Ständen Kampfwahlen stattfinden werden. In diesen neun Kantonen (ZH, BE, SG, AG, SH, GE, NE, VD, TI) findet die Auseinandersetzung jeweils zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten statt, wobei die SP in den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Tessin mit der extremen Linken (PdA, POCH) offiziell ein Wahlbündnis eingegangen ist.

Volksfront gegen Bürgerblock in der Westschweiz und im Tessin

Obwohl SP-Parteipräsident Helmut Hubacher unlängst in einem Artikel recht unsanft mit der extremen Linken umgesprungen ist, scheuen die Sozialdemokraten in einigen Kantonen nicht davor zurück, mit eben diesen Parteien eine Wahlkoalition zu schliessen, um so die eigenen Chancen zu erhöhen. In Neuenburg ist dieses Bündnis nur äusserst knapp mit 60 gegen 56 Stimmen zustande gekommen. Noch im Frühjahr hatte die SP im Kantonsparlament einen Vorstoss gegen die Zulässigkeit von Listenverbindungen eingereicht, der dann aber verworfen wurde. Auf der Seite der bürgerlichen Parteien versucht die FDP mit Parteipräsident Yann Richter die Nachfolge des zurücktretenden Carlos Grosjean im Ständerat zu sichern. Die Liberalen ihrerseits möchten das Mandat, das ihnen seinerzeit der heutige Bundesrat Pierre Aubert zugunsten der SP entrisen hatte, wieder zurückerobern.

Einen harten Kampf um die beiden Ständeratssitze wird es auch im Kanton Waadt absetzen, wo die sogenannte «Entente nationale» (FDP, Lib., CVP und SVP) versucht, den Sozialdemokraten den Sitz wieder wegzunehmen, den diese vor vier Jahren den Liberalen abgenommen hatten. Für die FDP kandidiert als Bisheriger Edouard Debétaz. Nicht überrascht hat das Wahlbündnis SP/Kommunisten in der Rhonestadt Genf, wo die FDP mit dem Bauernführer und gegenwärtigen Grossratspräsidenten Jean Revaclier einen Sitz gewinnen möchte.

Als Nachfolger von Franco Masoni kandidiert im Kanton Tessin der derzeitige Nationalratspräsident Luigi Generali mit guten Erfolgsaussichten für den Ständerat. Hier hat sich die SP ebenfalls mit den Kommunisten sowie dem (PSA) zusammengeslossen, um mit einem Sprengkandidaten entweder der CVP oder der FDP den Sitz zu entreissen.

Vier Kandidaten in den Kantonen St. Gallen und Schaffhausen

Während in den drei Kantonen der Romandie jeweils eine Einigung zwischen der FDP und den übrigen bürgerlichen Parteien zustande gekommen ist, muss der freisinnige Kandidat im Kanton St. Gallen im Alleingang versuchen, gegen insgesamt drei andere Kandidaten (CVP, SP, LdU) seinen Sitz zu verteidigen. Ueberaschenderweise hat die CVP aus rein taktischen Gründen beschlossen, nur ihren eigenen Kandidaten zu unterstützen. Diese Ausgangslage veranlasste die sankt-gallische FDP, mit Paul Bürgi, der vor vier Jahren von der Volkskammer in die Ständekammer wechselte, ebenfalls alleine in den Wahlkampf zu ziehen.

Chancen der SP und des Landesrings, der FDP und der SVP ihre beiden Sitze streitig zu machen, muss jedoch als äusserst gering veranschlagt werden. Für die FDP steigt Nationalrat Erwin Waldvogel ins Rennen, der mit guten Erfolgsaussichten versucht wird, den bisher durch Kurt Bächtold gehaltenen Schaffhauser Sitz zu verteidigen.

Drei Kandidaten für zwei Mandate

Hart auf hart wird es in den Kantonen Bern, Zürich und Aargau zugehen, wo sich jeweils drei Kandidaten um die beiden Ständeratssitze streiten werden. Im Kanton Bern, wo in diesem Jahr die Ständesvertreter erstmals durch das Volk gewählt werden, ist es das Ziel der FDP und der SVP, mit einer gemeinsamen Liste die beiden Mandate, die sie bisher mit nur einem einzigen Unterbruch innegehabt hatten, zu verteidigen. Für die FDP bewirbt sich Grossrat Arthur Hänsenberger, der die Nachfolge des zurücktretenden Südjurassiers Maurice Péquignot antreten möchte.

Kanton Aargau schliesslich bewirbt sich Nationalrat Hans Letsch, als Nachfolger von Willy Urech um den Einzug in die kleine Kammer. Bewerber stellen ausserdem die CVP und die SP.

Unbestrittene Wahlen

Ohne Sorgen können Othmar Andermatt (ZG) und Peter Hefti (GL) den bevorstehenden Ausmarchungen entgegensehen, sind sie doch bereits zuvor für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt worden. Unangefochten ist der freisinnige Sitzanspruch in den Kantonen Luzern, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau. In diesen Kantonen stellen sich nach dem heutigen Stand der Dinge einzig die bisherigen Ständeräte zur Wahl. Die Chancen, Anton Knüsel (LU), Hans Ulrich Baumberger (AR) und Hans Munz (TG) auch in der kommenden Legislaturperiode wieder in der kleinen Kammer anzutreffen, dürfen als gesichert betrachtet werden.

Im Kanton Baselland sucht die SP zwar fieberhaft und sogar ausserhalb der Partei nach einem Kandidaten, der gegen den wieder kandidierenden Werner Jaus-

Vor harten Auseinandersetzungen

Nicht ohne Anstrengungen der Kantonalpartei und ihres jeweiligen Kandidaten kann das Ziel der FDP, nicht nur die bisherigen Mandate zu halten, sondern in den Kantonen Genf und Zürich einen Sitz zu erobern, erreicht werden. Untätig wird man auch in den Kantonen Bern, St. Gallen, Schaffhausen, Aargau und Neuenburg nicht sein, sehen sich die freisinnigen Kandidaten in diesen Ständen doch einer nicht zu unterschätzenden Konkurrenz gegenüber. Aber auch in den andern Kantonen wird es darum gehen, dem Souverän verständlich zu machen, dass allein eine starke freisinnige Vertretung in der kleinen Kammer im Interesse eines jeden Stimmberechtigten ist.

Freisinnige Ständeräte und Kandidaten

Im 46köpfigen Ständerat verfügt die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) zurzeit über insgesamt 14 Sitze. Sie ist damit hinter der CVP (19 Sitze) und vor der SP (7 Sitze) die zweitstärkste Partei in der kleinen Kammer.

Folgende sechs Ständesvertreter der FDP haben auf das Ende der laufenden Legislaturperiode den Rücktritt erklärt:

Ständeratspräsident Ulrich Luder (SO), Maurice Péquignot (BE), Kurt Bächtold (SH); Willy Urech (AG), Carlos Grosjean (NE) und Franco Masoni (TI).

Erneut kandidieren werden insgesamt sechs FDP-Ständeräte, nämlich: Anton Knüsel (LU), Werner Jauslin (BL); Hans Ulrich Baumberger (AR), Paul Bürgi (SG), Hans Munz (TG) und Edouard Debétaz (VD). Schon gewählt sind Peter Hefti (GL) und Othmar Andermatt (ZG).

Erstmals um einen Sitz in der kleinen Kammer bewerben sich folgende acht Kandidaten der FDP: Nationalrat und Parteipräsident Yann Richter (NE), Nationalratspräsident Luigi Generali (TI), Nationalrat Hans Letsch (AG), Nationalrat Erwin Waldvogel (SH), Riccardo Jagmetti (ZH), Arthur Hänsenberger (BE), Max Affolter (SO) und Jean Revaclier (GE). Noch offen ist, ob sich die Kantonalparteien von Freiburg, Wallis und des Juras an den Ständeratswahlen mit eigenen Kandidaten beteiligen.



Drei Bewerber auch im Kanton Zürich: Hier versucht die FDP mit Kantonsrat Riccardo Jagmetti im Gespann mit der SVP einerseits den freierwerbenden LdU-Sitz zu gewinnen und andererseits das Mandat, das die SP nach der Wahl von Fritz Honegger in den Bundesrat der FDP entrisen hatte, wieder zurückzuerobern. Im

lin (FDP) antreten sollte. Der Landschäftler Standesherr kann dennoch dem 21. Oktober relativ gelassen entgegensehen. Im Kanton Solothurn schliesslich ist der Anspruch der FDP unangefochten, mit Max Affolter den durch den Rücktritt von Ständeratspräsident Ulrich Luder freierwerbenden Sitz wiederum zu belegen.

Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle. Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Die am Brandende, dort, wo Umblatt und Deckblatt aufhören, ihr wahres Inneres zeigen: ein kleines Büschel der Mélange, die aus dem Cigarrenende herauschaut. Das ist keine modische Verzierung, denn seit jeher wissen Kenner, dass ein offenes Brandende einen entscheidenden Einfluss auf den Rauchgenuss hat — schon beim Anzünden kommt das volle Aroma frei.



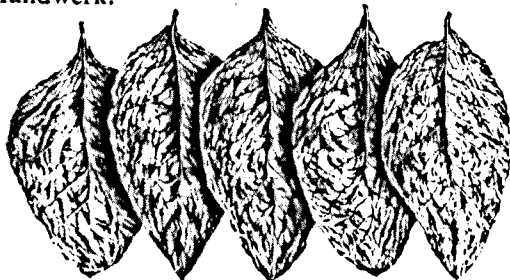
Doch wesentlich wichtiger aber ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mischung aus edelsten, naturgetrockneten und gut fermentierten Tabaken unterschiedlichster Sorten. Ohne künstliche Zutaten.

Mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe über die volle Länge der Cigarre garantiert. Aus reinstem Tabak. Nichts weiter.



Und einem sorgfältig ausgesuchten, makellosen Deckblatt, das in seiner natürlichen Schönheit keine Retusche braucht.

Die Cigarrenmacher von La Paz verstehen eben ihr Handwerk.

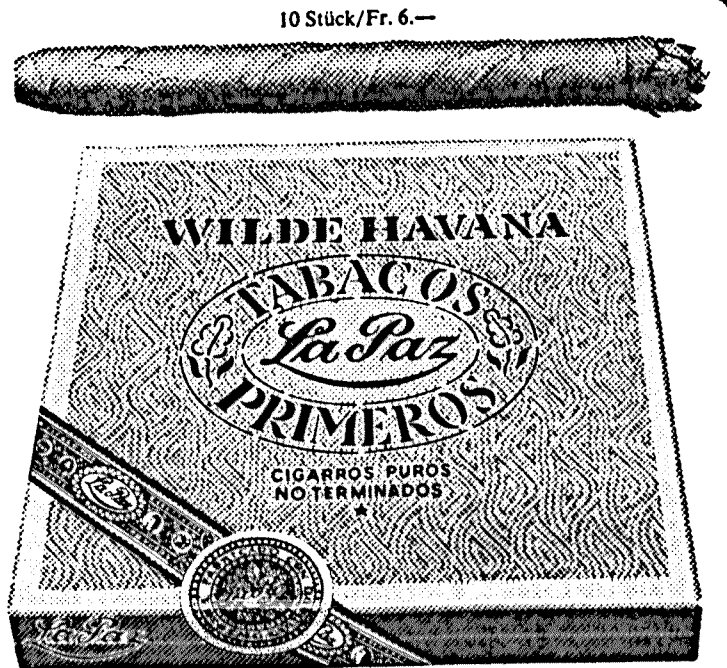


Doch nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. So, wie die gehaltvolle Wilde Havana, die ihrem Namen alle Ehre macht, und die etwas süsslichere Wilde Brazil mit dem dunkleren Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia.

Cigarren von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Cigarren, wie sie der Geniesser liebt. Wegen ihrer Form und ganz besonders wegen ihres feinen Geschmacks.

Cigarren, die das Siegel von La Paz verdienen: Cigarros Autenticos. Weil sie so sind, wie Cigarren sein sollen.

Wilde Havana und Wilde Brazil, Wilde Cigarillos und Cigarillos Puritos von La Paz sind bei allen guten Tabakhändlern zu haben.



Wilde Havana und Wilde Brazil. Ein Geschenk der Natur.

La Paz

Beruf und Politik — eine faszinierende Ergänzung

Bei einer Vielzahl von Aktivitäten, wie Sie, Frau Dr. Bohren, sie aufzuweisen haben, drängt sich die Frage auf, ob sich Beruf und Politik vertragen.

Die Verbindung von Beruf und Politik ist eine faszinierende Aufgabe. Es ist zu wünschen, dass immer mehr Frauen jene fachlichen Anknüpfungspunkte, die sich ihnen bieten, ergreifen und mit ihrem Wissen und Können in die Politik einsteigen.

Sind für die politische Mitarbeit der Frau in Parteien, Ämtern oder Parlamenten Ihrer Amtszeit nach spezifische Fachkenntnisse nötig?

Dies ist eine vollständig irri- ge Auffassung. Auch Männer kommen nur mit ihrem Berufswissen in die Politik hinein und erwerben sich die zusätzlichen Kenntnisse durch Zuhören, Mitarbeit und Beteiligung an Aktionen. Im Kantonsrat ist es beispielweise Usus, dass man zuerst zuhört und erst nach einer gewissen Zeit das Wort ergreift.

Was gab den Anstoss zu Ihrer politischen Tätigkeit?

Anstoss für diese Betätigung gaben mir eigene, meist positive Erfahrungen als junge Juristin, als ich trotz Bedenken als Abteilungssekretärin bei der kantonalen Verwaltung gewählt und in der Folge auch befördert wurde. Schon lange vor meiner praktischen Betätigung in Parteiorganen galt mein Einsatz der Realpolitik, zum Beispiel als Kommissionspräsidentin des Bundes schweizerischer Frauenorganisationen für Chancengleichheit in der Ausbildung und gleiche Entlohnung von Frau und Mann für gleichwertige Arbeit.

Wo sehen Sie Beziehungspunkte zwischen Ihrer beruflichen und Ihrer politischen Arbeit?

Der SV-Service, Schweizer Verband Volksdienst, ist ein Frauenwerk und praktiziert seit Jahren bewusst eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern. Die



Dr. iur. Dr. med. h. c. Margrit Bohren-Hoerni, Zürich, verdiente sich die Sporen als junge Juristin bei der Vorbereitung und der Durchführung des kantonalen Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenbeihilfe ab. Sie trat 1954 in den SV-Service (Schweizer Verband Volksdienst) als Mitglied der Geschäftsleitung ein. Seit 1977 präsidiert Dr. Margrit Bohren diesen Verband, der rund 280 Betriebe führt. 1973 wurde ihr von der medizinischen Fakultät der Universität Bern der Ehrendokortitel für ihre Bemühungen um die Volksgesundheit verliehen. Dr. Margrit Bohren ist seit 1976 FDP-Kantonsrätin, ist Vorstandsmitglied und Präsidentin der Sozialpolitischen Kommission der Kantonspar- tei und Vizepräsidentin der kantonalen Vereinigung der Frauengruppen.

«Frauen und Freisinn»

Ein Sonderheft der «Politischen Rundschau» setzt sich mit dem «Verhältnis» zwischen der FDP und den Frauen auseinander. «Frauen und Freisinn» enthält verschiedene Aufsätze und Interviews zu diesem Thema. Die «Politische Rundschau» kann beim Generalsekretariat der FDP, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, bezogen werden (Preis 5 Franken).

Zusammenarbeit unter den Branchenverbänden zugunsten gesamtvertraglicher Regelungen oder die Vernehmlassungen an die zuständigen Amtsstellen in Kanton und Bund für die einschlägige Gesetzgebung führen auf direktem Weg zu jenen Fragen, die auf politischer Ebene entschieden werden. Es ist darum durchaus natürlich, dass ich mich als Kantonsrätin zur Verfügung gestellt habe.

Sie haben demnächst eine Amtsperiode als Kantonsrätin hinter sich. Sehen Sie aus Ihrer Arbeit als Politikerin heraus Aufgaben, die Frauen anpacken sollten?

Sicher gibt es viele Probleme, die Frauen zusammen mit ihren männlichen Kollegen einer guten Lösung entgegenführen könnten. Schwerpunkte meiner parlamentarischen Tätigkeit lagen im Bildungs- und im Gesundheitswesen (neben spezifischen Frauenanliegen). In einer Zeit, wo Organisationsstrukturen, Technik und Fi-

nanzen unsere Aufmerksamkeit voll beanspruchen, ist es unerlässlich, in der Politik den einzelnen Menschen und seine Rolle in der Gemeinschaft in den Vordergrund zu rücken. In diesem Bereich fänden Frauen eine weites Betätigungsfeld.

Kürzlich plädierten Sie in einem Referat für Toleranz in der Politik. Könnten Sie uns abschliessend sagen, was Sie darunter verstehen?

Toleranz in der Politik darf keineswegs ein kritikloses Dulden sein: Wer in die Politik einsteigt, muss eine eigene Meinung haben und den Mut aufbringen, diese zu vertreten, auch wenn daraus Nachteile entstehen könnten. Toleranz endet dort, wo durch Gewalt oder Methoden der Einschüchterung eine Gesinnungsänderung herbeigeführt werden soll. Toleranz hat schliesslich nichts mit faulen Kompromissen zu tun: Wo aus echter Würdigung der Ueberzeugung eines andern um eine Annäherung der Standpunkte gerungen wird und eine neue Lösung zustande kommt, ist dies das Ergebnis menschlicher Toleranz.

Interview Marianne Heimo-Loeffel

Interview mit den freisinnigen Parlamentarierinnen

Mitten im politischen Alltag

Kurz nach 13 Uhr. Die freisinnigen Nationalrätinnen kommen eben aus einer Sitzung einer parlamentarischen Kommission. Die Session hat zwar noch nicht begonnen, doch die Politik kennt — auch in der Schweiz — kein «Loch». Zu allen Jahreszeiten stehen auch die FDP-Volksvertreterinnen mitten im hektischen Getriebe des politischen Alltags. Theres Giger unterhielt sich mit den freisinnigen Parlamentarierinnen:

Wie sind sie eigentlich in diese Politik hineingeraten, welcher Weg führte sie in den Nationalrat? Typisch für den Werdegang einer ganzen Generation sind die Beispiele der beiden Westschweizer Nationalrätinnen. Als Medizinerin immer auch mit den Problemen der Frauen konfrontiert, war Liselotte Spreng (Freiburg) zur Ansicht gelangt, an der Gesetzgebungsarbeit müssten auch die Frauen direkt beteiligt werden. Ihr Einsatz für das Frauenstimmrecht sei dann vor allem von seiten der Frauen bei den Nationalratswahlen 1971 honoriert worden — sie selbst befand sich damals im Ausland und konnte daher keine Wahlkampagne führen!

Gertrude Girard-Montet (La Tour-de-Peilz VD) hat ein ganzes Leben lang für die politischen Rechte der Frauen gekämpft. Von den Eltern her — überzeugten «Feministen» — an der Politik interessiert, war sie als Präsidentin des Schweizerischen Frauenstimmrechtsvereins (und später des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte) an zwei Abstimmungskampagnen beteiligt gewesen.

Die Nationalrätinnen Martha Ribi (Zürich) und Cornelia Füg-Hitz (Wisen SO) geben das ebenso typische Beispiel einer andern Generation von Frauen ab, die eher durch Zufall oder auf dem «Umweg» über eine berufliche Laufbahn den Weg in die Politik fanden. Martha Ribi war zwar seit langem Mitglied der FDP-Frauengruppe, hatte sich jedoch nie speziell für Frauenfragen engagiert. Sie geriet durch einen Zufall — eine unerwartete Demission in der Stadtexekutive — in die Politik und gelangte dann, nachdem diese Kandidatur nicht zum Erfolg geführt hatte, mit jeweils besten Wahlergebnissen in den Kantonsrat und später in den Nationalrat.

Direkt ein schlechtes Gewissen dafür, dass sie vom Kampf der früheren Generation profitieren

durfte, hat Cornelia Füg. Sie hat sich nie — auch während des Studiums nicht — öffentlich für die Frauenrechte eingesetzt. Der Ursprung ihres heutigen Engagements liegt im frühen Verlust des Vaters, wodurch sie mit den Problemen einer alleinstehenden Frau und Mutter konfrontiert wurde. Der praktische Einstieg vollzog sich über das Amt einer Gemeindeschreiberin und die berufliche Tätigkeit als Fürsprecherin.

Als «voll» anerkannt

Und heute, nach Jahren der Erfahrung mit dem eidgenössischen Parlament, drängt sich natürlich die Frage auf, ob diese Frauen als vollwertige Mitglieder ihrer Fraktion, ihrer Partei und auch des Parlamentes akzeptiert worden sind. Die Antwort lautet übereinstimmend: wir haben nie Probleme gekannt. Liselotte Spreng — von Studium und Beruf her den Umgang mit Männern gewohnt — zeigte sich überrascht, dass sie nie um ihren Platz habe kämpfen müssen. Anfangs seien die Frauen gar eher bevorzugt behandelt worden, so dass Frau Spreng heute ein Vergnügen daran findet, dass sich die Verhältnisse inzwischen normalisiert haben und die Kollegen sich nicht scheuen, auch Frauen politisch zu attackieren. Es komme vor allem auf die Haltung der Frauen selbst an, fügt Gertrude Girard bei. Man müsse den Mut aufbringen, sich als Frau zu bestätigen — und durch sorgfältiges Aktstudium die nötige Sicherheit gewinnen.

Dass Martha Ribi heute das Amt einer Vizepräsidentin der schweizerischen Partei innehat und im Nationalrat dem Fraktionsvorstand angehört, ist für die Zürcherin Beweis und Beispiel dafür, wie die Freisinnigen — dem liberalen Gedankengut entsprechend — den Frauen den Einstieg erleichtert haben. Nicht unwesentlich sei dabei sicher

Wir FDP Frauen

auch die im Beruf gesammelte Erfahrung, denn in der Politik wie im Beruf komme man als Frau nur vorwärts, wenn man selbst das Nötige dazu beitrage. Aus ihren Erfahrungen in der Landwirtschaftskommission des Nationalrates ergänzt Cornelia Füg, wichtig sei, ob man ein Fachgebiet beherrsche. Wer sich in einem Gremium zu behaupten vermöge und aktiv mitarbeite, der werde ungeachtet des Geschlechts akzeptiert.

Frauen nur für Frauenanliegen?

«Man darf von den Frauen nie erwarten, dass sie gewählt werden, um dann lediglich Frauenanliegen zu vertreten. Hingegen sind wir bereit zu handeln, wenn solche Postulate aktuell werden. Aber die Frauenfragen sind nicht der alleinige Grund für unsere Präsenz im Parlament.» Cornelia Füg — von ihr stammt diese Grundsatzklärung — ist im Parlament in den verschiedensten Fachgebieten tätig. Was die Frauenfragen angeht, hat sich die Solothurnerin bei der Mutterschaftsversicherung (zugunsten eines verstärkten Kündigungsschutzes) und bei der Gleichstellung der Frau in der AHV engagiert. Ihre Motion zur 10. AHV-Revision begründet sie so: «Wir wollten uns einmal als erste äussern, bevor wieder Forderungen von linker Seite erhoben werden, bei denen wir dann entweder Bremsen spielen oder andern Gruppen zum Erfolg verhelfen müssen.»

Frauenpostulate haben sich in den letzten Jahren sozusagen zu einem Modehit entwickelt. Ist die Tatsache, dass in allen politischen Kreisen Frauenanliegen lanciert werden, lediglich auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen oder machen sich hier allgemeine gesellschaftspolitische Veränderungen bemerkbar? Die Gesprächsrunde ist sich darin einig, dass das Stimmrecht sicher die Voraussetzungen schuf, damit die Frauen sich nun in politischen Gremien besser Gehör verschaffen können. Zudem habe auch ein Nachholbedarf bestanden: die Probleme waren zwar bekannt, aber jetzt werden sie beim Namen genannt und an entsprechender Stelle vorgebracht.

In einer kritischen Bemerkung stellt Martha Ribi fest, gewisse Frauenkreise litten — überspitzt formuliert — an einer Profilneurose und glaubten, man müsse weiterhin «kämpferisch» sein. Aufgabe der Politikerin sei es aber, die an sie herangetragenen Frauenanliegen sorgfältig zu prüfen und zu entscheiden, welchen Postulaten Priorität einzuräumen ist. Man dürfe nicht dem ganzen Druck nachgeben, da sonst gleich

alle Frauenanliegen gefährdet würden. «Wir dürfen, sollen und können eben nicht eine Frauenpolitik machen, sondern wir machen Politik im allgemeinen und in diesem Rahmen verteidigen wir das Verantwortbare, auch in bezug auf die Frauenpostulate.» Ob diese Antwort Differenzen mit der Basis aufzeige? Martha Ribi verneint. Vielleicht bestünden heute gewisse Anpassungsschwierigkeiten, aber im übrigen sei es ganz natürlich, dass von hinten Druck auf die an vorderster Front stehenden Politikerinnen ausgeübt werde.

Es sei eben falsch, gleich alles auf einmal realisieren zu wollen, meint Liselotte Spreng, die gewisse Parteien kritisiert, weil sie mit den Frauen Wahlpropaganda betrieben. Sie sieht eine Gefahr darin, «dass gewisse Parteien zählen können und wissen, dass mehr Frauen als Männer stimmberechtigt sind». Vielleicht werde dieser Aspekt beim Freisinn noch zu wenig beachtet. Die freisinnigen Frauen jedenfalls seien verpflichtet, das Gleichgewicht zu halten und an die Grenze des Realisierbaren zu erinnern. Auch Cornelia Füg ist an der politischen Front zu dieser Einsicht gelangt. Dennoch geht sie einen Schritt weiter. In Form von längerfristigen Programmen dürfe sich auch der Freisinn nicht scheuen, Ziele anzuvisieren, die unter Umständen heute noch nicht realisierbar seien. «Das würde uns in vielen Fällen den Vorwurf ersparen, wir hätten für dieses und jenes Postulat kein Gehör.» Das stimme nämlich nicht. Hingegen seien die freisinnigen Frauen (und erst recht die Männer) derart praktisch veranlagt, dass sie — was nicht sofort realisierbar erscheine — ablehnten. In diesem Sinne und um neue Ziele anzuvisieren, hätten sich in letzter Zeit Parteigremien auf die Diskussion um die Stellung der Frau in der AHV und auf die Auseinandersetzung um die Mutterschaftsversicherung vorbereitet. Ihre Hemmungen abzulegen — dies ist der Ratschlag, den die FDP-Nationalrätinnen den bisher politisch nicht aktiven Frauen erteilen. Die Hemmung beispielsweise, einer Partei beizutreten, denn ohne diesen Schritt komme man in der Politik nicht vorwärts. Die Frauen müssten sich überwinden, eine Art politischer Lehre anzutreten, und nicht davor zurückschrecken, aktiv mitzuarbeiten.

Nicht an diesem Gespräch teilgenommen hat die fünfte FDP-Nationalrätin, die St. Gallerin Susi Eppenberger (Nesslau). Sie rückte als Ersatzmitglied für den tragisch verunglückten Nationalrat Dr. Ruedi Schatz zu Beginn der Sommersession dieses Jahres in die Volkammer nach.

Die Schweizerische Vereinigung der freisinnigen Frauengruppen

(SVFF) ist der Zusammenschluss der lokalen und kantonalen Frauengruppen. Sie steht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) nahe und arbeitet mit ihr zusammen. Die freisinnigen Frauengruppen bieten zusätzlich zur Tätigkeit der Ortspartei, deren vollberechtigte Mitglieder die Frauen sind, eine staatsbürgerliche Schulung und eine besonders auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Information. Sie ermöglichen damit vielen Frauen, die nicht von sich aus in einer Partei mitmachen würden, den Einstieg in eine politische Betätigung.

Die Frauengruppen haben ihre Vertreterinnen in allen Gremien der Partei, wo sie als wertvolle Mitarbeiterinnen geschätzt werden.

Während sich die lokalen und kantonalen Gruppen vor allem mit Gemeindepolitik und den Angelegenheiten des Kantons befassen, nimmt sich die SVFF der Fragen von gesamtschweizerischem Interesse an. Im Vordergrund stehen zurzeit der Mutterschaftsschutz, gleiche Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Knaben, Konsumentenpolitik, eine familienfreundliche Besteuerung und weitere Frauenanliegen.

Die Vereinigung ist Mitglied des Bundes schweizerischer Frauenorganisationen, des Konsumentinnenforums und anderer übergeordneter Frauenorganisationen. Sie engagiert sich damit für deren Ziele.

Elisabeth Flückiger, Präsidentin SVFF, Hünibach BE